



Wieder Kanonenbootpolitik



SOWJETUNION IM BILD

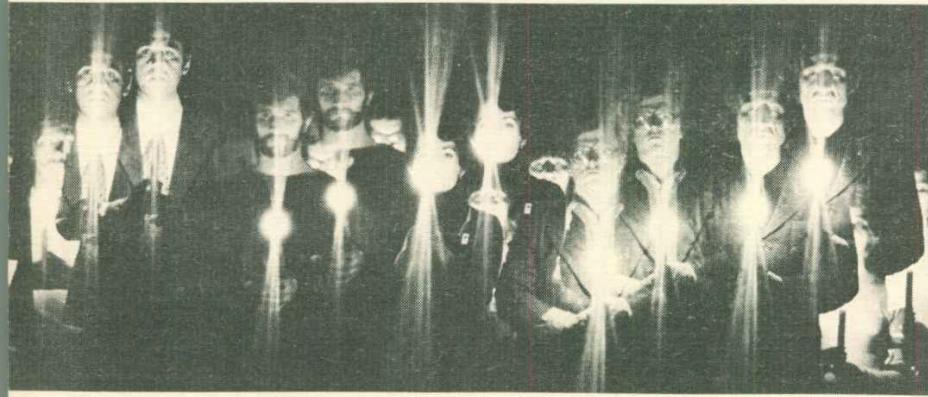
„Mannequin“ — so heißt das Studententheater der Polytechnischen Hochschule Tscheljabinsk. In der UdSSR gibt es 870 Hochschulen, und fast jede zweite hat ihre eigene Theatergruppe.

„Mannequin“ besteht bereits an die 15 Jahre — unter der ständigen Leitung von Dozent Anatoli Morosow. Jede Premiere ist eine kreative Leistung, die alle an der Hochschule bewegt.

Manche Berufskünstler könnten vor Neid erblassen angesichts des Enthusiasmus der Laienschauspieler, die ihre Freizeit für die Proben, den Entwurf der Bühnenbilder und der Kostüme opfern. Die Truppe des „Mannequin“ hat an vielen Festivals im In- und Ausland teilgenommen. In diesem Jahr wurde das Studententheater Preisträger des Leninschen Kom-somol.



Die ganze Gruppe
ist versammelt
Eine Komposition —
„Gedenken an
die Gefallenen“
Eine Szene aus dem
Schauspiel „Der
Einundvierzigste“
nach der Erzählung von B. Lawrenjow



Ein Treffen mit dem namhaften sowjetischen Schriftsteller und Dramatiker Tschingis Aitmatow

Im Foyer.

Fotos: I. Sotin (TASS)



EUROPAS SICHERHEIT IN DEN 80er JAHREN

Er verstehe nicht, wieso man von Abrüstung redet, aber Aufrüstung beschließt, meinte ein Delegierter des eben beendeten SPD-Parteitags. Das ist eine Frage, die heute sicherlich von Millionen Europäern auch den NATO-Führern gestellt werden könnte. Wenn man die hört, turten sie von Frieden, Abrüstung, Sicherheit, Gleichgewicht der Kräfte. Im Schnabel aber halten sie nicht den Olivenzweig des Friedens, sondern Raketen: Pershing 2 und Cruise Missiles — die Neuheiten der US-Massenvernichtungswaffen. Mit ihnen will man das Überge wicht auf dem „europäischen Kriegsschauplatz“ gewinnen, und wenn schon von Abrüstung gesprochen werden muß, dann aber bitte von der Position der Stärke.

Von Abrüstung läßt sich auf unterschiedliche Weise reden. Man kann jahrelang Wortgeklingel und leere Versprechungen über „neue Impulse“ für Verhandlungen loslassen, die nicht von der Stelle kommen. Man kann der militärischen Entspannung Komplimente machen und keinen Finger dafür rühren. Man kann aber auch konstruktive Vorschläge, realistische Projekte auf den Tisch legen und nach vernünftigen Kompromissen suchen. Was die Sowjetunion dem Westen in den letzten Jahren angeboten hat, ist ein wahrhaft umfassendes Programm zur militärischen Entspannung. Vom einfachen „Einfrieren“ der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa bis zu ihrer etappenweisen wesentlichen Reduzierung. Von der gegenseitigen Einschränkung der militärischen Aktivitäten des Warschauer Vertrags und der NATO bis zur völligen Auflösung ihrer militärischen Organisationen. Von Vertrauensmaßnahmen bis zu materiellen Abrüstungsmaßnahmen, die während der Wiener Gespräche vorgeschlagen wurden. Vom Vertrag nicht als Erster gegeneinander nukleare und konventionelle Waffen einzusetzen, bis zur Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa. Schließlich die Bereitschaft der Sowjetunion, die Anzahl der in den westlichen Gebieten der UdSSR stationierten

Kernwaffenträger mittlerer Reichweite gegenüber dem jetzigen Stand zu reduzieren, wenn die NATO auf den Import neuer Arten von Massenvernichtungswaffen nach Europa verzichtet. Doch auch damit nicht genug! Moskau hat eine große Geste des guten Willens gezeigt, als es beschloß, einseitig die Anzahl seiner Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa abzubauen. Dieser Beschuß wird bereits ausgeführt.

Was hat die NATO dagegenzusetzen? Im Grunde nur eines: die „Nachrüstung“ mit Nuklearraketen. Allerdings soll auch etwas anderes angeboten werden, nämlich Verhandlungen, aber erst nach der beschlossenen „Nachrüstung“. Also von der Position der Stärke. Nicht ehrliche Partnerschaft wird hier geboten, sondern die eiserne Faust im Glacéhandschuh.

Vieles ist heute deutlicher geworden. Während die Sowjetunion und ihre Verbündeten sowie alle echten Anhänger der Entspannung von der Notwendigkeit sprechen, die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen, verfolgen die NATO-Falken und ihresgleichen das Ziel, die militärische Entspannung zu torpedieren, und nach Möglichkeit auch die politische Entspannung in Grund und Boden zu rammen. Sie gehen bewußt darauf aus, in Europa an der Schwelle der 80er Jahre die harte Konfrontation aus der Zeit des kalten Krieges wiederzubeleben. Das Sprachrohr der militaristischen und reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik, „Die Welt“, proklamiert das folgendermaßen: „Man muß wieder lernen, die west-östlichen Beziehungen als Konflikt zu begreifen und nicht als bloße Konkurrenz mißzuverstehen“. Was ist das anderes, als der Aufruf, wieder in die Schützengräben des kalten Krieges zu steigen.

Die Provokierung des nuklearen Wettrücks in Europa ist eine gefährliche und aussichtslose Beschäftigung. Die Sowjetunion läßt weder eine Verletzung des jetzigen militärischen Gleichgewichts in Europa zu, noch, daß man mit ihr von der Position der Stärke aus redet.

Gibt es eine Möglichkeit, Europa von dem gefährlichen Weg abzubringen, auf den es die NATO stoßen will? Ja. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten unternehmen gemeinsam mit allen Entspannungsverfechtern selbstverständlich alles in ihren Kräften Stehende, damit die Wurzel des Übels — die von der NATO gestartete neue Runde des Wettrüstens — nicht auf dem gesamteuropäischen Boden wuchere. Sie tun alles, damit die Arbeit zur Realisierung des in der Schlußakte enthaltenen Programms der gesamteuropäischen Zusammenarbeit noch zielstrebiger und methodischer fortgesetzt werde.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 51 DEZEMBER 1979

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENTSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PIITSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Europas Sicherheit in den 80er Jahren	1
N. Schischlin — Friedensstrategie kontra Logik von gestern	4
D. Motschalini — Gegen die eigene Devise	6
A. Kosyrev — UNO. Hegemonismus verurteilt	8
W. Shitomirski — Schach mit Diplomaten	8
S. Petuchow, W. Polakow — Südliches Afrika. Simbabwes Mut	10
V. Teitelboim — Chile. Venceremos!	12
S. Petrow — Kanada. Der Kurs der neuen Crew	14
J. Dimow — Erfolgreicher Besuch	15
L. Mletschin — Annäherung und Differenzen	15
Notizen ◆ Glossen	16
W. Kowalenko — Sackgassen der „Corporate Society“ (Kapitalismus heute)	18
Amerikanisch-iranischer Konflikt: Wirtschaftliche Aspekte	
R. Andreassian — Gewalt als Argument	20
W. Lochmatschow — Operation Guthaben	21
F. Gorjunow — Währungsturbulenzen	22
J. Pawlow — Tatsachen sind hartnäckig	24
K. Nikolajew — Die erste Stufe der Sicherheit (Aus jüngster Vergangenheit)	25
Biographisches: Lidia Gueiler Tejada	26
S. Kulik — Madagaskar. Schlacht um Reis	27
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die friedliebende Öffentlichkeit ist über die gefährliche Entwicklung im Raum des Persischen Golfs beunruhigt. Wieder greift der US-Imperialismus zu militärischer Erpressung.

Titelgestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten an den Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistan, Vorsitzenden des Revolutionsrats und Ministerpräsidenten der Demokratischen Republik Afghanistan, Hafizullah Amin, ein Grußschreiben anlässlich des ersten Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DR Afghanistan. Darin kommt die Überzeugung zum Ausdruck, der Vertrag werde auch weiterhin zur erfolgreichen Entwicklung und Festigung von Freundschaft, guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit im Geiste der Gleichberechtigung und der revolutionären Solidarität zwischen den beiden Ländern und Völkern beitragen.

Am 6. Dezember beging das finnische Volk seinen Unabhängigkeitstag. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten an Präsident Urho Kekkonen ein Glückwunschschreiben, in dem hervorgehoben wird, daß die den Interessen der Völker der UdSSR und Finlands entsprechenden Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich in vollem Einklang mit der KSZE-Schlüsselektive entwickeln.

Das Volk Angolas beging den Gründungstag der Volksbewegung für die Befreiung Angolas. Das ZK der KPdSU übermittelte dem ZK der MPLA — Partei der Arbeit einen Glückwunsch, in dem es der MPLA und dem ganzen angolanischen Volk neue Erfolge in seinem edlen Kampf für eine lichte Zukunft wünscht.

Am 10. Dezember trafen Michail Suslow und Boris Ponomarjow mit dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei Norwegens, Reiulf Steen, zusammen, wobei es zu einem Meinungsaustausch über aktuelle Probleme der internationalen Lage, die sowjetisch-norwegischen Beziehungen und die Beziehungen zwischen der KPdSU und der Arbeiterpartei Norwegens kam.

Am 6. Dezember trafen Boris Ponomarjow und der stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU Witali Schaposchnikow mit dem Vorsitzenden der KP Dänemarks, Jørgen Jensen, zusammen.

Am 5. Dezember kam es zu einem Treffen zwischen Boris Ponomarjow sowie dem stellvertretenden Leiter der



Gemäß dem mit den übrigen Mitgliedsländern des Warschauer Vertrags abgestimmten Beschuß der sowjetischen Regierung begann am 5. Dezember der Abzug der ersten sowjetischen Truppeneinheiten in Stärke von 1500 Mann zusammen mit Waffen und Kampftechnik aus der DDR. Die von Leonid Breschnew verkündete Reduzierung der Anzahl sowjetischer Truppen in Mitteleuropa soll im September 1980 abgeschlossen sein. **Unsere Bilder:** Verabschiedung der sowjetischen Truppen in Wittenberg (links); ein Autogramm zum Andenken.

Fotos: ADN und TASS

Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU Rostislav Ulianowski und einer Delegation des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas unter dessen Präsidenten Oliver Tambo.

Vom 29. September bis zum 30. November gab es in Moskau Verhandlungen zwischen den Regierungsdelegationen der UdSSR und der VR China. Die sowjetische Delegation legte den Entwurf einer Deklaration über die Prinzipien der Beziehungen zwischen den beiden Ländern vor. Die Delegationen belegten die Haltung ihrer Seiten. Gemäß der Vereinbarung über die wechselseitige Durchführung der Verhandlungen in den Hauptstädten beider Länder werden sie zu einem von den Seiten vereinbarten Termin in Peking fortgesetzt.

Vom 4. bis 7. Dezember tagte in Moskau die 3. Sitzung der Gemischten Kommission für wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Portugal, auf der das Programm der Zusammenarbeit für 1980 bestätigt wurde.

Am 5. und 6. Dezember tagte in Berlin das Komitee der Außenminister der Warschauer Vertragsstaaten (siehe S. 4).

Vom 4. bis 6. Dezember fand in Warschau die turnusmäßige Tagung des Komitees der Verteidigungsminister der Warschauer Vertragsstaaten statt.

Am 10. Dezember fand in Berlin die 25. Sitzung der Regierungskommission für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR statt. Die UdSSR-Delegation wurde vom Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und ersten stellvertretenden Vorsitzenden des UdSSR-Ministerrats Tichonow geleitet, die DDR-Delegation vom Kandidaten des Politbüros des ZK der SED und stellvertretenden Vorsitzenden des DDR-Ministerrats Schürer.

Am 4. und 5. Dezember gab es in Tokio eine sowjetisch-japanische Rundtisch-Konferenz von Vertretern der Öffentlichkeit beider Länder, auf der die Entwicklung der sowjetisch-japanischen Beziehungen im politischen, wirtschaftlichen und anderen Bereichen behandelt wurde.

Am 6. Dezember wurde auf einer Plenarsitzung der 34. UNO-Vollversammlung mit Stimmenmehrheit (102 Ja-, 17 Neinstimmen, 20 Enthaltungen) eine Nahostresolution angenommen, in der die Unterstützung für die gerechte Sache des palästinensischen und anderer arabischer Völker in deren Kampf gegen die israelische Aggression Ausdruck findet. Die Resolution enthält die Forderung nach der Rückgabe der von Israel okkupierten Gebiete.

Am 5. Dezember appellierte der UNO-Sicherheitsrat an die Regierungen der USA und Irans, „Maßnahmen zur friedlichen Lösung der zwischen ihnen noch ungelösten Fragen zu ihrer beiderseitigen Befriedigung gemäß den Prinzipien und Zielen der UNO-Charta zu ergreifen“. Der Sicherheitsrat forderte die Regierung Irans auf, das US-Botschaftspersonal freizulassen. In der Resolution wird die Verpflichtung aller Staaten bekräftigt, die Privilegien und die Immunität der Diplomaten sowie die Unantastbarkeit der diplomatischen Vertretungen zu achten.

Eine Partei- und Regierungsdelegation der Mongolischen Volksrepublik unter dem Mitglied des Politbüros des ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei und Vorsitzenden des Ministerrats der MVR, Jambyn Batmunch, stattete Vietnam, Kampuchea und Laos offizielle Freundschaftsbesuche ab (s. S. 15).

Am 7. Dezember schloß in Westberlin der SPD-Parteitag (s. S. 6).

Am 4. Dezember gab US-Präsident Carter bekannt, er wolle 1980 bei den Präsidentschaftswahlen kandidieren. •

Nach der Niederlage der Sozialdemokratischen Partei Islands bei den vorfristigen Parlamentswahlen trat Ministerpräsident Grendal und seine Regierung zurück. Islands Präsident Eldjár beauftragte den Vorsitzenden der Fortschrittspartei, Hermannsson mit der Bildung der neuen Regierung.

Vom 5. bis 9. Dezember hielt sich Japans Ministerpräsident Ohita zu einem offiziellen Besuch in China auf (s. S. 15).

FRIEDENSSTRATEGIE KONTRA LOGIK VON GESTERN

Nikolai SCHISCHLIN

Wenn dieses Heft ausgeliefert ist, wird auf der NATO-Ratstagung sicherlich bereits die Entscheidung über die neuen Arten amerikanischer Nuklearraketen mittlerer Reichweite gefallen sein.

Seien wir offen: Die letzten Pläne der NATO haben keinerlei Überraschungsmomente. Zeit ihres Bestehens hat sich diese Organisation die Aufgabe gestellt, die militärische Überlegenheit des Westens über die sozialistische Welt zu sichern.

Die mit der Abwendung vom kalten Krieg zur Entspannung verbundene frische Luft in der Weltpolitik hat sich auf die Logik des NATO-Denkens nicht ausgewirkt.

Zur Entspannung kam es, weil man in den politischen Kreisen der Welt begriff, daß es einfach keine vernünftige Alternative zur friedlichen Koexistenz gibt. Gleichzeitig war sie seitens des Westens eine gewisse Anerkennung des ungefährlichen Gleichgewichts im militärischen Kräfteverhältnis, obwohl die Konsequenz über die Zweckmäßigkeit, nach für beide Seiten annehmbaren Wegen zur Minderung der militärischen Konfrontation in Europa zu suchen, nicht gezogen wurde. Es blieb bei der in den drei Jahrzehnten der Existenz dieses Pakts so schön eingefahrenen Denkweise.

Bereits 1975 sprach man in NATO-Kreisen ernsthaft von der Notwendigkeit einer „Nachrüstung der NATO“. 1978 wird auf der Washingtoner NATO-Ratstagung im Mai ein umfassendes Programm zur „Modernisierung“ der Streitkräfte dieses Pakts beschlossen, und 1979 soll die Produktion und danach die Stationierung von neuen Erzeugnissen der amerikanischen Waffenschmiede in Westeuropa beginnen.

Die Begleitmusik zu diesen Entscheidungen ist ziemlich dissonant. Es wird versichert, ohne diese Pläne würde Europa schon beinahe Mitte der 80er Jahre höchstwahrscheinlich zum Kriegsschauplatz werden. Es wird weiter versichert, der Beschuß über Produktion und Stationierung von US-Raketen bedeute noch nicht die Produktion und die Stationierung

selbst, sondern sei so etwas wie ein Vorhaben. Es wird versichert, die NATO giere geradezu nach Verhandlungen mit der Sowjetunion und den anderen Warschauer Vertragsstaaten und wolle nach der Möglichkeit einer zuverlässigen Rüstungskontrolle suchen.

Die Tatsache aber bleibt: Welche Motive und Argumente mit den NATO-Beschlüssen auch einhergehen, ihr Sinn, ihre Zielrichtung ist eindeutig: Mit ihnen soll die militärstrategische Lage in Europa radikal geändert und dem Westen die Position der Stärke gesichert werden, um die er so hartnäckig und schon so lange ringt.

In der heute untereinander so engverknüpften Welt, da die Menschheit Probleme zu bewältigen hat, deren Entscheidung die vereinten Anstrengungen aller Staaten erfordert, in der es Waffen von furchtbarem Zerstörungskraft gibt, wird von den verantwortlichen Politikern eine neue Art des Denkens und Handelns verlangt. Leonid Breschnew hatte sehr begründet hervorgehoben: „Echter politischer Mut besteht nicht in der Gier nach Konkurrenz und Konfrontation, sondern in der Fähigkeit, unabweichlich und unerschütterlich eine Politik des Friedens und der guten Nachbarschaft zu betreiben.“ Doch diesen Mut haben offensichtlich weder die NATO-Politiker noch die NATO-Generale.

Die Nachkriegsjahre haben gezeigt, daß die Warschauer Vertragsstaaten die Möglichkeiten und den Einsatzwillen haben, sich auf entsprechende Weise um ihre Sicherheit zu kümmern.

Selbstverständlich aber kann der NATO-Kurs auf Anheizung des Wettrüstens nicht die feste Entschlossenheit der Sowjetunion und der anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags erschüttern, an den Gedanken von Frieden und guter Nachbarschaft festzuhalten. In den kompliziertesten Situationen — auch das haben die Nachkriegsjahre bewiesen — handeln die Sowjetunion und ihre Verbündeten verantwor-

tungsbewußt und stellen unveränderlich die Interessen der internationalen Sicherheit in den Vordergrund ihrer Außenpolitik. Jüngster Beweis dafür sind die Ergebnisse der letzten Tagung des Außenminister-Komitees der Warschauer Paktstaaten in Berlin.

Man kann durchaus sagen, daß die westlichen Kommentatoren praktisch einhellig den konstruktiven Charakter der Schlußfolgerungen und Vorschläge der Außenminister anerkannt haben. Jedenfalls stellt keiner der Kommentatoren den Friedenswillen des gemeinsamen Kommuniqué der Außenministertagung in Abrede. Allerdings gibt es auch genügend Äußerungen, aus denen der Wunsch erkennbar wird, die Vorschläge der sozialistischen Länder als ein taktisches Manöver hinzustellen, das lediglich die Verwirklichung der NATO-Pläne zur Rüstungsaufstockung bremsen soll.

Tatsächlich jedoch besitzen die Schlußfolgerungen aus dem Berliner Kommuniqué keineswegs einen engen, zeitbedingten Charakter. Sie sind Ausdruck der strategischen Richtung der Außenpolitik der sozialistischen Länder, die präzise in der Moskauer Erklärung der Konferenz des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten vom November 1978 formuliert und später in den bekannten sowjetischen Initiativen weiterentwickelt wurden, die die Rede Leonid Breschnews am 6. Oktober in Berlin enthielt. Auch diese strategische Zielsetzung der sozialistischen Außenpolitik läßt sich von den NATO-Beschlüssen nicht ändern.

Es ist wohl angebracht, drei Haltungen hervorzuheben, die im Kommuniqué der Tagung der Außenminister der Warschauer Paktstaaten formuliert sind.

Erstens zu den Nuklearraketen mittlerer Reichweite. In den NATO-Kreisen wird behauptet, weder Westeuropa noch die Vereinigten Staaten verfügten eigentlich über Nuklearraketen mittlerer Reichweite. Das heißt letztlich, daß die Produktion und Stationierung von etwa 600 Raketen des Typs Pershing und Tomahawk in einigen westeuropäischen Staaten eine Gegenmaßnahme zur Ausrüstung der Sowjetunion mit nuklearen Mittelstreckenraketen bedeutet. Diese These ist von A bis Z verlogen. Die USA haben bereits vor vielen Jahren das sogenannte Forward Based System geschaffen, das über militärtechnische Mittel verfügt, die einen Schlag gegen le-

benwichtige Zentren der Sowjetunion führen könnten. Die USA bringen Jahr für Jahr mehr Nuklearsprengköpfe in Europa unter, deren Zahl 7000 übersteigt, und die NATO besitzt Träger für diese Sprengköpfe. Dazu gehören die Bomberfliegerkräfte und Raketen, gar nicht zu reden von den Atom-U-Booten, deren Raketenkomplex auf das Territorium sozialistischer Staaten gerichtet sind. Nebenbei bemerkt, verfügt Großbritannien über eine recht bedeutende Anzahl von Nuklearraketen. Das gleiche läßt sich auch von Frankreich sagen (es gehört der militärischen Organisation der NATO nicht an, ist aber Mitglied des Blocks).

Die Sowjetunion macht kein Hehl daraus, daß sie eine gewisse Modernisierung ihrer Streitkräfte, darunter auch der Mittelstreckenraketen, vornimmt. Dabei stationiert die UdSSR diese jedoch nicht auf dem Boden ihrer Verbündeten und reduziert ihre absolute Zahl. Mit aller Deutlichkeit spricht sich die Sowjetunion für sofortige Verhandlungen aus, bei denen es eben möglich wäre, das Problem der Begrenzung nuklearer Mittelstreckenraketen zu erörtern. Die Sowjetunion zeigte auch ihre Bereitschaft, diese in den westlichen Regionen der UdSSR stationierten Nuklearraketen zu reduzieren, sofern der Westen auf die Stationierung neuer US-Raketen verzichtet. Dieser Vorschlag bleibt in Kraft, wie auch die Erklärung der Außenministertagung, „daß die Annahme eines Beschlusses über die Produktion und die Stationierung neuer Arten amerikanischer nuklearer Raketenwaffen mittlerer Reichweite in Westeuropa und die Verwirklichung dieses Beschlusses die Grundlage für Verhandlungen zerstören würden. Das wäre ein Versuch der NATO, Verhandlungen von der Position der Stärke zu führen, was für die Staaten des Warschauer Vertrages grundsätzlich unannehmbar ist.“

Die Westpresse spricht heute gern von „eurostrategischen“ Waffen, in Wirklichkeit sind es jedoch amerikanische. Und natürlich handelt es sich um keinen zusätzlichen amerikanischen Nuklearraketschirm über Westeuropa, sondern um einen gegen die Sowjetunion, gegen die sozialistische Gemeinschaft gerichteten Nuklearpfieil.

Zweitens zur gesamteuropäischen Konferenz auf politischer Ebene über militärische Entspannung und Abrüstung. Das Kommuniqué der Ber-

liner Tagung der Außenminister der Warschauer Paktstaaten enthält eine klare Konzeption für eine solche Konferenz. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags betrachten sie als einen wesentlichen Teil und eine wichtige Entwicklungsrichtung des mit Helsinki eingeleiteten gesamteuropäischen Prozesses und verbinden diese Konferenz mit dem für 1980 vorgesehenen Treffen in Madrid.

Nach Ansicht der Warschauer Vertragsstaaten könnte die Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung ihre Arbeit in der ersten Phase auf vertrauensbildende Maßnahmen konzentrieren.

Dabei ist bekannt, daß die sozialistischen Länder bereit sind, folgendes zu vereinbaren:

größere militärische Manöver, die in dem durch die Schlußakte bestimmten Gebiet durchgeführt werden, nicht ab 25 000 Mann, sondern ab 20 000 Mann und nicht 21 Tage, sondern einen Monat vorher anzukündigen;

Bewegungen der Landstreitkräfte in dem gleichen Gebiet in einer Größenordnung ab 20 000 Mann anzukündigen;

größere Manöver der Luftstreitkräfte in diesem Gebiet anzukündigen;

größere Manöver der Seestreitkräfte in der Nähe der Territorialgewässer anderer Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz anzukündigen;

die Ausmaße der militärischen Manöver auf 40 000 bis 50 000 Mann zu begrenzen.

Sie sind bereit, auch andere Vorschläge über vertrauensbildende Maßnahmen zu prüfen. Sie glauben, daß Vereinbarungen zu vertrauensbildenden Maßnahmen eine günstige Atmosphäre für künftige Entscheidungen über die Beschränkung des Wettrüstens schaffen würden.

Sofern die von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vorgetragenen konkreten Vorstellungen zu vertrauensbildenden Maßnahmen auch seitens der westlichen Staaten als interessant angesehen werden, ist es denkbar, daß es schon in nächster Zeit möglich wäre, die Vorbereitungsarbeit zur Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz auf multilateraler Grundlage zu beginnen und diese Vorbereitungsarbeit auf einem Treffen aller interessierten Länder in der ersten Hälfte des Jahres 1980 durchzuführen. Das alles bleibt in Kraft.

Drittens zum Madrider Treffen

der Vertreter der KSZE-Teilnehmerstaaten. Die sozialistischen Länder sind der Ansicht, das Treffen in Madrid solle der Bereicherung des gesamteuropäischen Dialogs dienen und einen neuen Impuls zur Realisierung der Schlußakte von Helsinki als einheitliches Ganzes geben.

Der Vorschlag der sozialistischen Länder über eine Konferenz zur militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa könnte zum Kernelement bei der Arbeit des Madrider Treffens werden.

Schon heute sind die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bereit zu bilateralen und multilateralen Konsultationen, damit das Madrider Treffen in einer wahrhaft sachbezogenen und fruchtbaren Atmosphäre stattfinde und damit seine Ergebnisse einen spürbaren Schritt vorwärts zur Verwirklichung der Prinzipien und Punkte der Schlußakte seien.

Die drei im Abschlußkommuniqué der Berliner Außenministertagung enthaltenen Positionen, auf die wir eingingen, zeigen deutlich, daß die sozialistischen Länder sich klar für die militärische Entspannung, für ein Verschmelzen der politischen Entspannung mit praktischen Schritten zur Abrüstung aussprechen. Sie sind für eine weitere Gesundung der europäischen und der internationalen Atmosphäre und bieten wirklich mutige politische Lösungen an, die die heutige Zeit des verantwortungsvollen Wendepunkts in der Weltpolitik erfordert.

Die Länder des Sozialismus suchen mit ihrer Friedensstrategie keine einseitigen Vorteile. Sie sind bereit, mit höchster Aufmerksamkeit jedem Gedanken, jedem Vorschlag gegenüber zu treten, die der Entspannungspolitik zugute kämen, diesem Prozeß Impulse und einen tiefgreifenderen und grundsätzlicheren Charakter gäben. Deutlich ist aber auch, daß eine sichere Bewegung zum Ausgleich der internationalen Beziehungen, zu einem stabileren Frieden nur beim guten Willen aller Seiten möglich ist. Es hängt jetzt also von den westlichen Staaten, von den NATO-Ländern ab, ob die Möglichkeiten zur Vertiefung des Entspannungsprozesses realisiert werden oder aber die kurzsichtigen Kalkulationen zur Erlangung der Position der Stärke in den NATO-Kreisen endgültig die Oberhand gewinnen, was zu einem Auftrieb des Wettrüstens mit allen sich daraus ergebenden Folgen führen müßte.

GEGEN DIE EIGENE DEVISE

Von unserem Sonderberichterstatter
Dmitri MOTSCHALIN

Am 7. Dezember ging in Westberlin der SPD-Parteitag zu Ende. Die Delegierten erörterten die politische und wirtschaftliche Lage der BRD sowie den Kurs der Sozialdemokraten bei den 1980 anstehenden Bundestagswahlen. Der Parteitag bekräftigte die Bereitschaft der SPD, die Regierungskoalition mit der FDP fortzuführen, und bestätigte Willy Brandt als SPD-Vorsitzenden.

Bei aller Bedeutung dieser Fragen stand im Mittelpunkt doch das Verhältnis der SPD zu den Plänen der USA und der NATO, die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen, die gegen die UdSSR und deren Verbündete gerichtet sind, in der BRD durchzusetzen.

Die SPD-Führer, die den Parteitag unter die anspruchsvolle Devise „Sicherheit für die 80er Jahre“ gestellt hatten, betonten in ihren Reden wiederholt, daß sie zum Frieden stehen, verwiesen darauf, wie wichtig es ist, die Politik der Entspannung, der Begrenzung der strategischen Rüstungen und der Reduzierung der konventionellen Waffen, der Entwicklung beiderseitig vorteilhafter Beziehungen zur UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft fortzuführen. Bundeskanzler Helmut Schmidt verlieh seiner Überzeugung Ausdruck, daß die führenden Politiker der Sowjetunion und der anderen Warschauer Vertragsstaaten den Frieden wollen. Unter dem Beifall der Delegierten erklärte er: „Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen!“ Nicht wenige gute Worte — und im allgemeinen durchaus berechtigt — wurden auch über das Eintreten der SPD in den vergangenen Jahren für die Politik der Entspannung und Zusammenarbeit gesagt.

Als deutliche Dissonanz zu diesem früheren Kurs der SPD nehmen sich die dem Parteitag präsentierten Vorschläge des Vorstands aus. Sie sehen eine Unterstützung der NATO-

„Nachrüstungspläne“ vor sowie die Zustimmung der BRD-Regierung zur Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa. Obgleich die SPD-Führung die Entscheidung unter den Vorbehalt stellt, in Zukunft, wenn die Abrüstungsverhandlungen positive Ergebnisse bringen, könnte man ja auf eine Stationierung der Raketen verzichten. Die Bundesregierung läßt sich im Grunde davon leiten, daß der Nordatlantikpakt nach der Annahme des NATO-Beschlusses für die Stationierung neuer US-Raketen in Westeuropa und der Verwirklichung eines solchen Beschlusses versuchen werde, Verhandlungen mit der UdSSR und deren Verbündeten von einer „Posi-

„Sicherheit für die 80er Jahre“ — unter diesem Slogan tritt die SPD zu den Bundestagswahlen 1980 an. Doch die Parteitagsbeschlüsse für eine NATO-„Umrüstung“ mit Atomraketen sind damit nicht in Einklang zu bringen.

Foto des Autors



tion der Stärke“ zu führen. Doch das ist, wie sich bereits wiederholt gezeigt hat, für die Warschauer Vertragsstaaten völlig unannehmbar.

Auf dem Parteitag waren ferner Stimmen zu vernehmen, die BRD könne ja den USA die Unkosten aus der Produktion der Raketen „ausgleichen“, falls diese dann in Europa nicht stationiert würden. Daß derartige Kalkulationen jeglicher Grundlage entbehren, wurde besonders deutlich angesichts der jüngsten Erklärung von US-Verteidigungsminister Harold Brown, der US-Kongreß werde nie Mittel für eine neue Waffe bewilligen, wenn nicht die Gewähr gegeben sei, daß diese dann auch ihren Platz in Europa findet. Diese Kalkulationen stehen auch im Widerspruch zu geschichtlichen Erfahrungen: Wenn die Produktion einer Waffenart bereits angelaufen ist, ist es sehr schwer, einen Abbau zu vereinbaren.

Viele Parteitagsdelegierte kritisierten scharf die kurzsichtige und gefährliche Konzeption des Parteivorstandes. Diese Delegierten trugen zweifelsohne auch den Stimmungen vieler einfacher SPD-Mitglieder Rechnung. Kurz vor dem Parteitag waren von den SPD-Ortsvereinen mehr als 100 Vorschläge für konkrete Entspannungsmaßnahmen eingegangen.

Gerhard Schröder, der Vorsitzende der Jungsozialisten in der SPD, sagte, er verstehe die „seltsame Logik“ nicht, der zufolge man, „um zur Abrüstung... zu kommen, erst einmal aufrüsten“ müsse. Er betonte, daß die Sowjetunion die Bundesrepublik in keiner Weise bedroht. Und deshalb sei nicht notwendig, daß der Parteitag einen derartigen Beschuß faßt. Christa Randzio-Plath verlangte in Namen der SPD-Frauen, auf die Produktion und die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und in Westeuropa überhaupt zu verzichten.

„Ich bin der Auffassung, daß der NATO-Aufrüstungsbeschuß die Abrüstungsverhandlungen nachträglich und unerträglich belasten und zu einem fortschreitenden Rüstungswettlauf führen wird“, sagte Manfred Copplik, Sprecher des SPD-Verbandes Hessen-Süd. Henning Scherf (Bremen) verwies in diesem Zusammenhang auf die große Verantwortung, die auf der SPD lastet: „Erst verhandeln und dann, wenn diese Verhandlungen schiefgegangen sind, weiter darüber nachdenken, ob Abrüstung wirklich notwendig ist.“

Einige Delegierte machten deutlich, daß der erwartete NATO-Beschluß vor allem im Interesse der US-Rüstungskonzerne liegt. Ferner wurde die durchaus begründete Befürchtung geäußert, daß viele SPD-Wähler, besonders die Jugend, eine solche Wende in der Politik der Partei nicht unterstützen werden, die diese der Opposition näher bringt — erklärt ja die CDU/CSU, daß sie den SPD-Beschluß für die „Nachrüstung“ im großen und ganzen billigt.

Anderthalb Tage wurde auf dem Parteitag über Raketen diskutiert. Die Debatte stand unter offenem, massivem Druck des Parteivorstandes gegen „andersdenkende“ Delegierte. Die SPD-Führer appellierte immer wieder an das „Bewußtsein“ der Parteitagsdelegierten, wobei sie an die schwierige Lage der SPD-Vertreter erinnerten, die ja einer Koalitionsregierung angehören. Und diese dürfte schließlich der NATO und der US-Administration die „Solidarität“ nicht verweigern.

Bundesverteidigungsminister Hans Apel, der sich für die Annahme des Vorschlags des Parteivorstandes stark machte, schwang sich gleich dreimal auf die Tribüne. Ungeniert jonglierte er mit „Argumenten“ und „Fakten“. Entgegen der allgemein anerkannten Tatsache, daß zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages ein militärisches Gleichgewicht besteht, versicherte Apel, in diesem Bereich sei jetzt ein „Ungleichgewicht“ entstanden, das beseitigt werden müsse. Der BRD-Verteidigungsminister suchte die Delegierten mit sowjetischen Raketen und einer „Bedrohung“ durch die UdSSR einzuschüchtern.

Bezeichnend war auch, daß die Reden der meisten Anhänger der NATO-Pläne von militärtechnischen Details und Terminen, die vielen Parteitagsteilnehmern oft nicht verständlich waren, nur so strotzten. Und einige Delegierte sagten das auch ganz offen. Man wollte, daß sie den „Schlußfolgerungen der Experten“, die sich für eine „Nachrüstung“ der NATO aussprechen, blind vertrauen. Ein Delegierter sagte zu Recht, daß sich eine derartige militärische und politische Propaganda, wie sie die Rechtskräfte in den letzten Jahren in der Bundesrepublik entfesselt haben, eindeutig negativ ausgewirkt hat.

Es muß konstatiert werden, daß die umfassenden Friedensinitiativen,

die Leonid Breschnew in seiner Berliner Rede vortrug, und die konkreten sowjetischen Vorschläge für eine militärische Entspannung und eine Begrenzung der Rüstungen in Europa bedauerlicherweise nicht das nötige Echo auf dem SPD-Parteitag fanden. Die sowjetischen Vorschläge wurden verschwiegen oder entstellt. Und das, obgleich während des Parteitages der Abzug der ersten sowjetischen Militärformationen mit Waffen und Kampftechnik aus der DDR in die Sowjetunion begonnen hatte. Auch das Auftreten sozialdemokratischer Parteien einiger Länder Westeuropas sowie vieler namhafter westlicher Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gegen die gefährlichen NATO-Pläne wurden ignoriert.

Die Reden einiger namhafter SPD-Politiker, die für ihr Bekenntnis zur Entspannung bekannt sind, klangen gelinde gesagt etwas seltsam, als sie kraft ihres Ansehens die Delegierten zur Unterstützung der NATO-Beschlüsse aufriefen.

So sprach sich die Mehrheit der anwesenden Delegierten (eine genaue Stimmenauszählung gab es nicht) für den vom SPD-Parteivorstand eingebrachten Vorschlag in offener Abstimmung aus. Der SPD-Parteitag hat einen Beschuß gefaßt, der der Verwandlung der Bundesrepublik in einen Bereitstellungsraum der neuen US-Atomraketen zustimmt. So soll eine militärische Überlegenheit der NATO in Europa gegenüber den sozialistischen Ländern erreicht werden.

Zweifelsohne würde eine Verwirklichung dieses Beschlusses die Lage in Europa überaus komplizieren, zu einer Intensivierung des Wettrüstens führen und sich negativ auf die Beziehungen UdSSR — BRD auswirken. Der SPD-Beschluß trägt nicht zur Festigung von Frieden und Sicherheit, zur weiteren internationalen Entspannung bei, wovon auf dem SPD-Parteitag in Westberlin so viel die Rede war.

Es bleibt zu hoffen, daß das Verständnis für diese unbestreitbaren Tatsachen, das viele Delegierte, die sich der Verantwortung der Sozialdemokraten für die Entspannung bewußt sind, auf dem Parteitag bekundeten, sich trotz allem den SPD-Mitgliedern erschließen wird. Wollen diese ja aufrichtig eine Festigung des Friedens und Abrüstungsmaßnahmen.

Westberlin, den 10. Dezember

NZ STREIFLICHTER

■ USA

Der Führer der demokratischen Senatsmehrheit Robert Byrd äußerte, SALT II werde dem Senat „Anfang kommenden Jahres“ zur Abstimmung vorgelegt werden. Byrd erklärte, er würde den Vertrag gegenwärtig nicht dem Senat vorlegen, selbst wenn er das könnte, weil die jetzige Atmosphäre dort „nicht zu einer konzentrierten Aufmerksamkeit für den Vertrag beiträgt“. Vermutlich wird die Vertragsdebatte auch wegen der Erörterung des Gesetzentwurfs zur Besteuerung der Superprofeite der Erdölgesellschaften und wegen der Diskussionen über staatliche Hilfe an die Chrysler Corp. bis zum nächsten Jahr aufgeschoben. Byrd sprach sich für eine baldige Vertragsratifizierung aus, wies jedoch darauf hin, daß wegen der Ereignisse in Iran „die Atmosphäre und die Situation insgesamt heute nicht der entspricht, in der die SALT-II-Debatte vor sich gehen sollte“.

Sowohl Anhänger wie Gegner des Vertrags erwarten die Aufnahme der Debatten im Januar. Beide seien der Meinung, hebt „Washington Post“ hervor, der Aufschub werde den Vertragsgegnern mehr nutzen als der Regierung Carter.

■ CHINA—LAOS

An der Grenze zwischen diesen beiden Ländern nehmen die Spannungen zu. Der Minister für Propaganda, Information, Kultur und Tourismus der VDR Laos, Sisana Sisane, teilte mit, Peking habe in den Grenzräumen zu Laos sieben Divisionen konzentriert, die laotisches Territorium beschießen und andere Provokationen unternehmen.

Pekings Geheimdienste erweitern ihre Wühlätigkeit in Laos. Aus Soldaten des alten Regimes sowie aus „Sondergruppen“ der CIA wurden sogenannte „Lan-na-Banden“ aufgestellt, die in den laotischen Provinzen Phongsaly, Luang Namtha und Houa Phan agieren. In Thailand werden Söldner unter Flüchtlingen aus Laos geworben. Eine Sondergruppe von Werbern aus der VR China hat dort 10 000 kriegsdiensttaugliche



HEGEMONISMUS VERURTEILT

Andrej KOSYREW

Der Erste Ausschuß der UNO-Vollversammlung hat die Initiative der UdSSR, die Hegemoniepolitik in den internationalen Beziehungen für unzulässig zu erklären, gutgeheißen. Diese Entscheidung entspricht völlig der internationalen Entwicklung. Sie zeigt auch, daß die Weltgemeinschaft sich dafür entschieden hat, daß das, was in den 70er Jahren in der Politik erreicht wurde, weiter ausgebaut und konsolidiert wird.

In diesem Jahrzehnt wurden bei einer einschneidenden Umgestaltung der internationalen Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz große Erfolge erzielt. Einige wichtige bi- und multilaterale Abkommen wurden unterzeichnet. Besonders sei hier die KSZE-Schlußakte genannt, die die internationalen Beziehungen in Europa mit den Realitäten der Nachkriegsentwicklung in Einklang brachte und deren Entwicklung auf eine Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit richtete; dann die Unterzeichnung von SALT I und SALT II. Das sind zwei besonders markante Beispiele, aber keineswegs die einzigen dafür, daß der Entspannungsprozeß unaufhaltbar ist.

In den 70er Jahren wurden ebenfalls die besonders reaktionären Kräfte aktiver, die durch die positiven Veränderungen in der Welt beunruhigt sind. Die friedliebende Öffentlichkeit ist alarmiert über Pläne, die antiquierte „Kanonenbootpolitik“ bei neuen Bedingungen gegenüber den kleinen Ländern wiederaufleben zu lassen. Dabei mußt man sich nicht selten sogar das „Recht“ an, anderen Staaten Lehren zu erteilen. Die Anhänger einer Politik der Stärke strapazieren das Märchen von der „sowjetischen Bedrohung“, um immer neue Rüstungsprogramme durchzusetzen. Man versucht, eine solche Politik theoretisch zu untermauern, die Völker mit der Möglichkeit eines Krieges vertraut zu machen, und den Aggressoren in moralisch-politischer Hinsicht freie Händ zu geben.

Die einen machen das durch Gerede von der Unvermeidbarkeit eines neuen großen Krieges, die anderen mit abenteuerlichen Konzeptionen von lokal begrenzten Kriegen, die den Einsatz von Kernwaffen nicht ausschließen.

Das Streben der herrschenden Kreise einiger Staaten nach Hegemonie in internationalen Angelegenheiten — sie wollen schwächere Länder und Völker ihrem Willen unterordnen — wurde die allgemeine Aktionsplattform zur Unterminierung der Entspannung. Eine Politik des Hegemonismus, in welcher Form auch immer, ist heute nicht mehr tragbar. Sie entspricht nicht den Verpflichtungen, die die UNO-Mitgliedstaaten eingegangen sind und widerspricht der UNO-Charta und dem Völkerrecht.

In der vom Ersten Ausschuß angenommenen Resolution ist die Einstellung der Weltgemeinschaft zu diesem äußerst wichtigen Problem der aktuellen Politik klar formu-

liert. Der Hegemonismus in allen seinen Erscheinungsformen wurde verurteilt. Hervorgehoben wurde, daß kein Staat und keine Staatengruppe unter keinem Vorwand und aus keinem Anlaß Hegemonie in den internationalen Beziehungen ausüben oder die Vorherrschaft in der ganzen Welt oder in irgendeinem Gebiet anstreben darf.

Aus den Reden der Vertreter vieler Länder war die Einsicht zu erkennen, daß die Politik des Hegemonismus neue Spannungsherde schafft, das Wettrüsten anheizt und die Weltlage destabilisiert. Sie ist besonders gefährlich, wenn in ihren Dienst Massenvernichtungsmittel gestellt werden können.

Bei der Erörterung des Problems zeigte sich erneut in aller Klarheit, daß die Hauptbestrebungen der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, der Entwicklungsländer und der Nichtpaktgebundenen, die die Initiative der UdSSR unterstützt haben, die gleichen sind. So wurde noch einmal die Schlußfolgerung des XXV. Parteitags der KPdSU anschaulich bestätigt, daß alle diese Staaten das aufrichtige Bekenntnis zu Frieden und Freiheit, die Verabscheuung jeglicher Formen der Aggression und der Herrschaft, der Ausbeutung eines Landes durch ein anderes eint. Der Text der Resolution, die auf dem sowjetischen Entwurf basiert, wurde von einer

SCHACH MIT DIPLOMATEN

„Schachspiel ist ein glücklicher Zusammenspiel von drei Dingen: Wissenschaft, Kunst und Sport“, äußerte Schachweltmeister Anatoli Karpow bei einer Begegnung mit den Botschaftern und Mitarbeitern diplomatischer Vertretungen in Moskau. Die Begegnung am 10. Dezember begann mit einem ausführlichen Bericht des Weltmeisters über die Geschichte des Schachspiels und der Schachweltmeisterschaften, die Entwicklung dieses Spiels bei uns und im Ausland. Karpow unterstrich, die Öffentlichkeit interessiere sich seit den 70er Jahren stärker für das Schachspiel. In verschiedenen Ländern sind starke Spieler zum Zug gekommen, darunter auch in solchen, die keine traditionellen Schachzentren sind. So wurde ein Philippinischer Schachspieler erster

Großmeister Asiens. In der Sowjetunion nimmt die Popularität des Schachspiels weiter zu. Um das festzustellen, braucht man nur den Moskauer Ringboulevard entlang zu gehen, wo man auf viele Schachspieler stößt, die sich auf den Parkbänken niedergelassen haben.

Die Diplomaten interessierten sich dafür, wie sich der Weltmeister auf künftige Spiele vorbereitet, wo er seinen Titel verteidigen muß. Weltmeisterschaften werden alle drei Jahre veranstaltet, sagte Karpow u. a.: „Einige Schachfans meinen, man solle sie häufiger durchführen. Kaum jemand aber weiß, was im Gedankenlabor des Schachspielers vor sich geht. Schätzungsweise werden in einem Jahr etwa 5000 bis 6000 Partien unter Beteiligung von Großmeistern gespielt, die alle ana-

Gruppe nichtpaktgebundener Staaten aufgesetzt. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die VI. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten im September in Havanna das Streben nach Hegemonie in den internationalen Angelegenheiten auch verurteilte. Ihr Interesse an einer Beseitigung des Hegemonismus fand vor allem in den Resolutionsbestimmungen seinen Ausdruck, in denen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Apartheid, Rassismus einschließlich Zionismus, alle Formen ausländischer Aggression, Okkupation, Vorherrschaft und Einmischung verurteilt werden, ebenso die Schaffung von Einflußsphären, die Aufteilung der Welt in antagonistische politische und militärische Blöcke sowie die Ungerechtigkeit in internationalen wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Beziehungen.

Der sowjetische Vorschlag wurde von vielen UNO-Mitgliedstaaten unterstützt. Gleichzeitig aber versuchten die Diplomaten einiger westlicher Länder alles zu tun, damit die Angelegenheit totgeschwiegen wird. Aber es gelang nicht, ihre Bedeutung zu vertuschen bzw. zu bagatellisieren. Gegen die Resolution stimmten nur vier Delegationen, darunter die USA und Israel.

Der Beschuß über die Unzulässigkeit der Politik des Hegemonismus

und die Erörterung dieses Problems standen im Mittelpunkt der 34. UNO-Vollversammlung. Deren Resolution bestätigt das wichtige universale Prinzip des internationalen politischen Bewußtseins. Sie gehört zweifellos zu den äußerst wichtigen UNO-Dokumenten, die darauf gerichtet sind, den Weltfrieden und die Sicherheit zu festigen und die Entspannung zu vertiefen und zu konsolidieren. Daß dieses Dokument auf Initiative der UdSSR angenommen wurde, deckt vor aller Welt die Lügen derer auf, die in der Tat eine imperialistische und chauvinistische Großmachtspolitik betreiben, aber die sozialistischen Länder des Hegemonismus bezichtigen, obwohl diese Länder sein konsequenter Gegner sind.

In seiner Rede auf der Tagung der UNO-Vollversammlung betonte Andrej Gromyko: „Der Hegemonismus ist das direkte Gegenteil der Gleichheit der Staaten und Völker und das Gegenteil der Ideale, die die Oktoberrevolution der ganzen Welt aufgezeigt hat.“ Das sowjetische Volk hat 20 Millionen Menschenleben hingegeben, um Hitlers Pläne einer Weltherrschaft zunichte zu machen. Heute steht es in der ersten Reihe der Kämpfer gegen beliebige Versuche, Anwärter oder Vorhaben einer Weltherrschaft zu lancieren.

NZ STREIFLICHTER

Personen angeworben, hauptsächlich chinesischer Abstammung oder Angehörige von Bergstämmen.

Die antilaotischen Provokationen Pekings betrachten Beobachter als ein Anzeichen für den verstärkten militärischen und politischen Druck auf die Länder Indochinas.

■ SÜDKOREA

Am 6. Dezember wurde in Söul Choi Kyu Hah zum Interimspräsidenten gewählt, der unter Diktator Pak Tschung Hi Ministerpräsident war.

Nach der Ermordung Paks hatten oppositionelle Kräfte gefordert, zunächst müsse die Verfassung von 1972 geändert werden, die dem Präsidenten diktatorische Vollmachten einräumt, und danach solle in allgemeinen Wahlen der neue Staatschef gewählt werden. Die Machthaber lehnten diese Forderung jedoch ab. Choi wurde von einem Wahlmännerkollegium (2465 Personen) „gewählt, das noch unter Pak gebildet worden war und aus von den Machthabern sorgfältig gesiebten Leuten besteht. Im Augenblick der Wahlen befanden sich viele Führer und mehr als 1000 Aktivisten der Opposition aufgrund des drakonischen Gesetzes Nr. 9 im Gefängnis, das Pak seinerseit erlassen hatte. Darüber hinaus wurden an die 200 Teilnehmer am Kampf für die Demokratisierung des Regimes inhaftiert. Die Wahlen fanden unter einem Ausnahmezustand statt, der nach der Ermordung Paks verhängt worden war.

Aus Protest gegen die antidemokratische Wahl des Präsidenten haben die Oppositionsparteien die „Wahlen“ boykottiert.

Um seinen „Wunsch nach nationaler Harmonie und Demokratie“ (tatsächlich aber, um den Kampf der Volksmassen für wahre Freiheit und Demokratie zu schwächen) zu zeigen, hatte Choi Kyu Hah am 7. Dezember das verhaftete Gesetz Nr. 9 aufgehoben. 68 Oppositionelle wurden freigelassen. Dennoch sitzen noch immer Tausende politische Häftlinge in den Gefängnissen, die dort aufgrund eines anderen, bereits 1961 erlassenen drakonischen Gesetzes eingeliefert worden waren.

lysiert werden müssen, wobei für jede Partie Wochen nötig sind. 1980 werden die Spiele der Anwärter auf den Weltmeistertitel stattfinden. Wenn die Namen der Halbfinalisten feststehen, beginne ich mit meiner konkreten Vorbereitung, d. h. ich analysiere alle

ihre Partien von mindestens zehn Jahren.“

Auf eine Frage äußerte der Weltmeister, er interessiere sich nicht nur für das Schachspiel. Ebensoviel Freude hat er an Theateraufführungen und Malerei. Sein Hobby ist Briefmarkensammeln.

Der iranische Botschafter Prof. Mohammad Mokri zeigte sich über die Erfolge Karpows erfreut und betonte, das Schachspiel sei in Iran seit langem bekannt und beliebt. Jahrhunderte hindurch werde es geübt, den Schach mattzusetzen, und vor kurzem ist es nun gelungen...

Zum Abschluß gab es ein Simultan-Spiel in ungezwungener Atmosphäre. Alle 16 Partien spielte der Weltmeister auf Weltmeisterart.

W. SHITOMIRSKI

Foto A. Knjasew



SIMBABWES MUT

Die rhodesischen Rassisten und ihr Handlanger Muzorewa versuchen alles, um die Befreiungsbewegung des Volkes von Simbabwe zu erdrücken. Zehntausende mußten ihre Heimat verlassen und in den Nachbarländern Zuflucht suchen, weil sie Rassismus, Hunger und Krankheiten nicht weiter ertragen konnten. Der Exodus dauert trotz der Londoner Rhodesien-Konferenz an.

Sambia, Moçambique und Botswana helfen den Flüchtlingen, obwohl sie selbst ernste Wirtschaftsschwierigkeiten haben und Luftangriffe des rhodesischen Militärklüngels ausgesetzt sind.

Von Stanley Nkomo, der für die Menschenressourcen der ZAPU (Afrikanische Volksunion der Simbabwe) verantwortlich ist, bekamen wir die Erlaubnis, ein Flüchtlingslager in der Umgegend von Lusaka zu besuchen. In seinem Büro sahen wir ein Ölgemälde von Marx, das von einem Kameraden Nkomos in einem Invalidenlager gemalt wurde. In diesem Lager leben und arbeiten die Invaliden des Befreiungskampfes — ehemalige Soldaten der Befreiungsarmee.

Nkomo berichtete: „Die Zahl der Flüchtlinge beträgt jetzt 180 000, und die meisten haben sich in Sambia niedergelassen. Unsere Regierung hat für die Lager unentgeltlich Grund und Boden bereitgestellt, der bearbeitet werden kann. Die Flüchtlinge sind bestrebt, für sich selbst aufzukommen, jetzt schaffen sie es aber noch nicht. Das Problem Nr. 1 ist die Wasserversorgung; auch gibt es noch nicht ausreichend Wohnraum, Nahrungsmittel und Medikamente. Sogar Zelte müßte man mehr haben, denn jeden Tag kommen neue Opfer des Rassismus hierher.“

Man muß die Flüchtlinge versorgen und medizinisch betreuen. Die größte Gefahr stellen jedoch die systematischen Angriffe aus Rhodesien dar, bei denen seit Oktober 1978 1600 Menschen ums Leben kamen und sehr viele verwundet wurden.“

Ins Flüchtlingslager fahren wir in Begleitung von Max, einem jungen Mann, dessen Schwester bei der dortigen Sanitätsstelle arbeitet. Wir

haben das Gefühl, als lauerten im üppigen Gebüsch, das den Weg säumt, rhodesische Diversanten im Hinterhalt.

„Victory“ ist ein Frauenlager, das in der Hauptsache halbwüchsige Mädchen beherbergt. Es wurde nicht angegriffen. Dafür hatte man das 19 Kilometer weiter befindliche Flüchtlingslager für Männer im Oktober v. J. barbarisch mit Bomben belegt, wobei über 300 junge Männer den Tod fanden.

Als Max den Wächtleuten am Eingang erklärt, daß wir sowjetische Korrespondenten sind, öffnen sie uns freundlich das Tor.

Der Kommandant Tobolo Nari widmet uns Zeit, obwohl er sehr beschäftigt ist. Er ist 58, aktiver Kämpfer für die Befreiung Simbabwes seit 1962. Geriet mehrmals in Haft und wurde von den Rassisten gefoltert. Vor drei Jahren gelang ihm und zwei seiner Kameraden eine kühne Flucht aus dem Gefängnis: Sie rasten mit einem PolizeijEEP in Richtung Botswanagrenze, die sie passierten, um sich dann vielen Tausenden anderen Flüchtlingen anzuschließen. „Victory“ ist bereits

das dritte Lager, das er mit einrichtet.

Nari sagt: „Hier sind mehr als 8000 Mädchen untergebracht, deren Eltern entweder in Simbabwe umgekommen sind oder sich dort vor den Rassisten versteckt halten. Wir haben die Aufgabe, ihnen nicht nur Obdach und Nahrung, sondern auch Bildung und einen Beruf zu geben. Deshalb haben wir die Schneiderwerkstätten eingerichtet.“

Voll Stolz zeigt er uns die mehr als 40 m lange Werkhalle, in der junge Frauen an den Nähmaschinen arbeiten. Am anderen Ende der Halle ist die Kontrolle, und dort sehen wir die Fertigerzeugnisse. Hier werden nämlich an einem Tag mehr als 140 genähte Kostüme und über 50 gestrickte Kleidungsstücke angefertigt — ein Teil für „Victory“, der Rest für andere Flüchtlingslager.

Nari erläutert, daß alle Ausrüstungen und Stoffe von verschiedenen Ländern und Organisationen geliefert werden — als unentgeltliche Hilfe an die Kämpfer für die Freiheit Simbabwes.

Draußen hörten etwa 30 Kinder im Schatten einer Akazie aufmerksam einer nicht mehr jungen Frau zu. So verlief der Unterricht in einer Gruppe des Kindergartens.

Nari stellt uns den eben vorbeigehenden Mann, Joseph Dupute, vor. Er ist der Schuldirektor. In seinem kleinen, mit Büchern und Heften gefüllten Zimmer berichtet er uns: „In den 8 Klassen dieser Schule lernen etwa 6000 Kinder. Hier werden Literatur, Mathematik, Physik, Chemie

In der Schneiderwerkstatt



und andere Fächer unterrichtet. Neben Englisch werden auch die in Simbabwe meistverbreiteten Sprachen gelernt. Die Klassenzimmer, die sich die Kinder selbst gebaut haben, sind zu eng. Wir haben nur 24 ausgebildete Lehrer und sehr wenig Lehrbücher — je eins für 10—15 Schüler. Das sind jedoch vorübergehende Schwierigkeiten. Wir warten auf den Sieg und verlieren nicht den Mut. Wir wollen die leidgeprüften Kinder lehren und erziehen, damit sie später in ihre befreite Heimat zurückkehren und sich als gute Bürger bewähren.“

In einer Klasse ist eben Gesangunterricht. Die Kinder singen von ihren kämpfenden Brüdern und Schwestern und halten dabei die Händchen hoch. Man sieht ihnen an, daß sie glauben und hoffen.

Dupute erzählt: „Ich bin ein Lehrer. Wohnte früher in Plumtree, an

einer 62jährigen Frau, anvertraut sind. Sie kämpft bereits 17 Jahre lang gegen das rassistische Regime. Ihre beiden Söhne sind Partisanen. In Salisbury war sie eine bekannte Aktivistin der Frauenbewegung. 1964 sperrte man sie wegen Teilnahme an einer Demonstration für ein Jahr in ein Zuchthaus „mit strengem Regime“ ein. 1975 wurde sie in die Leitung der ZAPU gewählt. Da sie jedoch auch weiter verfolgt wurde, mußte sie 1977 auf Parteibeschluß Rhodesien verlassen.

In ihrem Zimmer sahen wir eine kleine Statue — eine Kopie der Wollgograder Skulptur „Mutter Heimat“. Wir konnten auch die Kinder sehen und uns davon überzeugen, wie gut sie von den Patrioten umsorgt werden.

In der Nähe Lusakas besuchten wir ein Lazarett und sprachen mit den Verwundeten. Hier wurde uns besonders klar, wie dramatisch dieser Kampf verläuft. 1977 gab es hier nur einige Zelte mit 30 Betten, in einem Jahr konnte das Lazarett bereits 300 Verwundete aufnehmen.

Stanley Sikalazu aus Südrhodesien ist 26. Er arbeitete in einer Jugendorganisation der ZAPU und stieß 1976 zu den Partisanen. Bei einer Kampfoperation verlor er ein Bein.

Grade Mazendu ist 25. Sein Vater, ein Kumpel in der RSA, ist gestorben, und ebenso die Mutter. Mazendu floh vor Repressalien. Er wollte militärisch geschult werden, um dann mit der Waffe in der Hand für die Freiheit zu kämpfen. Als die Rassisten das Flüchtlingslager „Freedom“ überfielen, wurde Mazendu schwer verletzt. Aber er ist mutig und standhaft, denn er glaubt — wie das gesamte Volk von Simbabwe — an die Befreiung seiner Heimat.

S. PETUCHOW
Ständiger Korrespondent
der „Neuen Zeit“,
W. POLAKOW
Korrespondent der TASS

Lusaka



Auch die Kleinsten haben Unterricht
Fotos des Autors

der Grenze zu Botswana. Nach vielen Nachdenken verstand ich, daß ich meinem Volk am besten in den Flüchtlingslagern dienen konnte. So verließ ich Rhodesien und bin jetzt glücklich, die Kinder zu lehren, deren Eltern für die Freiheit und Unabhängigkeit von Simbabwe kämpfen.“

Nun wollen wir wissen, wie es hier den kleinsten Insassen geht. In „Victory“ gibt es 554 Kinder unter vier Jahren, die Ruth Njamrobe,

■ IRLAND

Premierminister Lynch erklärte am 5. Dezember seinen Rücktritt, und zwar nach einer Sitzung der Parlamentsfraktion der regierenden Fianna Fáil, auf der der Mißerfolg der Partei bei den kürzlichen Gemeindewahlen erörtert wurde. Dortige Beobachter sind jedoch der Ansicht, Hauptgrund für den Rücktritt Lynchs sei die große Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Wirtschaftspolitik der Regierung. Mißfallen äußern die Iren auch über die Regierungshaltung bei den kürzlichen Verhandlungen mit England über eine Lösung des Nordirland-Problems.

Am 7. Dezember wurde zum neuen Parteichef der Fianna Fáil, Charles Haughey gewählt, der im Kabinett Lynch Minister für Gesundheitswesen und Sozialfürsorge war. Danach ernannte der Präsident Haughey offiziell zum neuen Premier.

■ UNO

Die UNO-Vollversammlung billigte einstimmig ein Abkommen über Aktivitäten der Staaten auf dem Mond und auf anderen Himmelskörpern. Mit der Ausarbeitung des Abkommens war 1971 auf Initiative der UdSSR begonnen worden. Verkündet wurde ein Prinzip, dem zufolge der Mond und andere Himmelskörper zum Eigentum der ganzen Menschheit erklärt werden. Erforschung und Nutzung des Mondes werden zum Wohl und im Interesse aller Länder unternommen, unabhängig von deren wirtschaftlichem oder wissenschaftlichem Entwicklungsstand. Die Freiheit von Forschungen auf dem Mond erhalten alle Staaten ohne jegliche Diskriminierung. Betont wird, daß „der Mond von allen Teilnehmerstaaten zu ausschließlich friedlichen Zwecken genutzt wird“. Die Staaten verpflichten sich, keine Objekte mit nuklearen oder anderen Massenvernichtungswaffen auf die Mondumlaufbahn zu bringen und keine derartigen Waffen auf der Oberfläche oder im Innern des Mondes zu stationieren.

Venceremos!

Volodia TEITELBOIM, chilenischer Publizist

Die Geschichte Lateinamerikas in den letzten 20 Jahren weist drei Perioden auf: Die erste umfaßt die Zeit, da die Revolution auf Kuba zum Sieg des Sozialismus über die Ideologie und das System des Kapitalismus führte. Die kubanische Revolution hat gezeigt, wie fruchtbar der Marxismus-Leninismus ist, wenn er schöpferisch auf unserem Kontinent angewandt wird.

Die zweite Periode umfaßt die Jahre des schweren Rückzugs unter den Schlägen der erzreaktionären Kräfte, die 1973 in Chile ein faschistisches Regime errichtet haben, um ihre absolute Macht wiederherzustellen.

Die dritte Periode wurde 1979 durch den Sieg der nikaraguanischen Revolution eingeleitet. Sie symbolisiert die Veränderung des politischen Klimas in Mittelamerika und auf dem ganzen Kontinent. Durch sie wurde eine dynamische Linkswende der Geschichte in Richtung auf politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt, auf die Erneuerung und Bereicherung des nationalen Selbstgefühls der Lateinamerikaner vorgezeichnet. Dieser Prozeß entwickelt sich jetzt in den verschiedensten Ländern von Mexiko bis Bolivien.

Südlich von Rio Grande gibt es nur noch wenige Diktaturen, die einstweilen noch dem Druck der Befreiungskräfte standhalten. Auch Pinochet, der — ähnlich wie sein nikaraguanischer Kollege Somoza in den letzten Tagen seiner Herrschaft — eingeschlossen in seinem Bunker die Zukunftsangst des Regimes durch ständige Drohungen gegen die demokratischen Kräfte zu übertönen sucht, fühlt sich immer stärker durch diese herausgefordert.

Wird sich die Pinochet-Junta noch lange an der Macht halten? Nein! Die jetzigen volksfeindlichen Machthaber Chiles ebenso wie ihre Zwillingsschwestern in jedem anderen Land Lateinamerikas werden letztlich nicht den ganzen Subkontinent überrollenden Wellen der Erneuerung standhalten können. Der Kampf für die Beseitigung der faschistischen Diktatur in Chile nimmt tagtäglich an Stärke zu. Es geht dabei nicht um eine Rückkehr zur Vergangenheit — die wird es nie ge-

ben —, sondern vielmehr darum, uns auf die Zukunft vorzubereiten. Hierfür muß eine starke demokratische Einheitsfront der verschiedenen oppositionellen Kräfte geschaffen werden, um mögliche Alternativen zum jetzigen Regime umfassend zu erörtern — auch dann, wenn Pinochet, überheblich wie er ist, behauptet, es gäbe gar keine Alternative.

Die Sintflut kommt nicht

In Abwandlung einer Äußerung, die Ludwig XV. zugeschrieben wird, hat Pinochet einmal gesagt: „Nach mir die Sintflut, das Chaos, die Leere.“ Die Opposition erklärte darauf, daß nach der Liquidierung des Faschismus in Chile ein Regime der Demokratie und Freiheit, der nationalen Erneuerung errichtet werden muß. Dieses Ziel verfolgen die Teilnehmer der Widerstandsbewegung, wenn sie ihre intensiven politischen Aktivitäten unter Teilnahme der Gewerkschafts-, Frauen-, Studenten- und Kulturorganisationen entwickeln. Vordringlich muß dabei das Schicksal der „Verschollenen“ geklärt werden.

Die Vorschläge für gemeinsame Aktionen, die in letzter Zeit fast alle politischen Gruppierungen der Junta-Gegner unterbreitet haben, zeigen die neuen Stimmungen an. Im September hat die „Gruppe der 24“, der Vertreter verschiedener demokratischer Kreise angehören, der Öffentlichkeit die Hauptthesen ihres Entwurfs einer Verfassung vorgestellt, die das Selbstbestimmungsrecht des Volkes verankern soll. Die Christdemokraten und Ex-Präsident Frei betonen in ihren Äußerungen, daß Chile dem Demokratisierungsprozeß, der für die jetzige politische Entwicklung Lateinamerikas so charakteristisch ist, nicht wird ausweichen können.

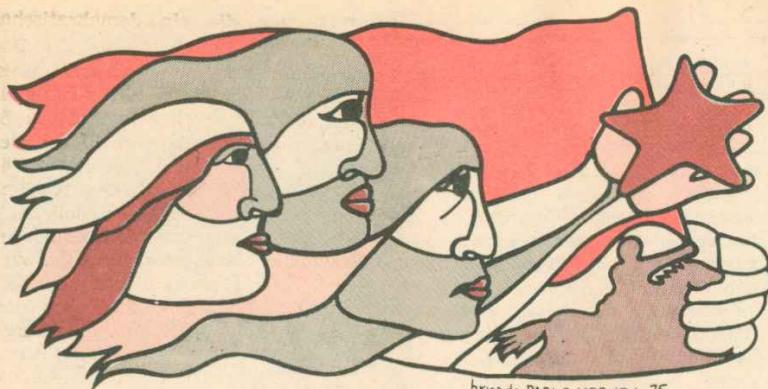
Die Unidad Popular hat ihrerseits in Santiago ein Dokument für die demokratische Einigung vorgelegt, das alle ihr angehörenden Parteien unterzeichnet haben. Dieses Dokument steht für den Anschluß aller oppositioneller Strömungen offen. Es ist ein Programm für den Sturz der Pinochet-Diktatur und die Bildung einer repräsentativen provisorischen

Regierung, die ein demokratisches Regime im Lande errichtet. Das Dokument sieht die Annahme einer neuen Verfassung, die Aufhebung aller repressiven Gesetze und Auflösung des Polizeiapparats vor, der Terror und Gewalt verbreitet. Die Teilnehmer verlangen eine Klärung des Schicksals der „Verschollenen“, die Bestrafung aller Massenmörder sowie die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten und der gewerkschaftlichen Rechte. Sie werden all jenen, die Chile haben verlassen müssen, die Rückkehr ermöglichen. Die Volkswirtschaft muß belebt, die Arbeitslosigkeit beseitigt, die Löhne müssen angehoben und die Hauptnaturressourcen des Landes, die man jetzt an die ausländischen Monopole verkauft hat, an das Volk zurückgegeben werden.

Unter dem neuen Regime muß ferner die Teilnahme der Werktätigen und des ganzen Volkes am gesellschaftlichen Leben ausgeweitet werden, sind Änderungen in der Armee durchzuführen, um den ideologischen Einfluß des Imperialismus und der einheimischen Oligarchie zu überwinden. Auch die Außenpolitik Chiles muß grundlegend geändert werden. Sie wird darauf gerichtet sein, daß Chile die internationale Isolierung überwindet, in die es die faschistische Militärjunta getrieben hat. Grundlage der neuen Außenpolitik wird der Kurs auf brüderliche Beziehungen zu den Völkern Lateinamerikas, auf die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern und auf die Solidarität mit den Völkern, die gegen den Imperialismus kämpfen, sein. Chile wird mit allen Ländern entsprechend den Prinzipien der gegenseitigen Achtung, der Unabhängigkeit und der Souveränität sowie der Nichteinmischung freundschaftliche Beziehungen unterhalten.

Die Unidad Popular schlägt allen demokratischen Kräften vor, bereits jetzt einen Einigungsaußschuß zu bilden, der die Aktionen zum Sturz der Junta koordinieren und ein konkretes Minimalprogramm ausarbeiten würde.

Das Dokument für die demokratische Einigung wurde im September in Santiago verbreitet. Kurz zuvor war ein anderes wichtiges Dokument „Unser demokratischer Entwurf“ veröffentlicht worden — verfaßt von Luis Corvalán, Generalsekretär der KP Chiles. Er betont, daß die Mehrheit des chilenischen Volkes gegen das Faschistenregime ist und die Abstimmung der Aktionen aller op-



Diese Zeichnung stammt von der Pablo-Neruda-Brigade chilenischer Grafiker, die jetzt in Italien leben.

positionellen Kräfte erreicht werden muß. In dem umfassenden Dokument werden die Ansichten der Kommunisten zur Wiederherstellung der Demokratie in Chile dargelegt und die wichtigsten Etappen des Aufbaus einer gerechten und demokratischen Gesellschaft aufgezeigt. „Unser demokratischer Entwurf“ hat einen wichtigen Beitrag zur Diskussion der Opposition über die zukünftige Entwicklung Chiles geleistet.

Die diesbezüglichen Überlegungen fanden großes Interesse in weiten Kreisen der Öffentlichkeit. Natürlich will sie bereits jetzt Klarheit über die Perspektiven haben.

Nach Meinung von Luis Corvalán geht es heute nicht um Faschismus oder Sozialismus, ja nicht einmal um Faschismus oder bürgerliche Demokratie. Vor allem muß jetzt klargemacht werden, wie das neue, demokratische Regime beschaffen sein wird, unter dem jene Veränderungen, die ein Großteil der Gesellschaft erstrebt, verwirklicht werden können. Die Kommunisten wollen keineswegs ausschließlich durch ihre Bemühungen und nur mit ihren ideologischen Ansichten die Zukunft des Landes bestimmen. Die Kommunisten wollen den Weg radikaler sozialökonomischer Umgestaltungen soweit wie möglich gehen, bei vollem gegenseitigen Verständnis aller demokratischen Kreise, wobei sie abgestimmte Aktionen zwischen der UP und den Christdemokraten anstreben.

Dieser Gedanke an sich ist nicht neu. 1976 hat die KP Chiles drei Vorschläge unterbreitet: gemeinsam zu handeln, um die Diktatur zu stürzen und den Konsens anzustreben, in nächster Zukunft ein neues, das Post-Pinochet-Regime zu errichten; ein Abkommen über die Bildung

gen. Ihnen arbeiten die linksradikalen Elemente zu, die gleichfalls ein, wenn auch anders geartetes Sektierermodell anbieten. Ihre Revoluzzer-„theorien“ pflastern nur den Weg in die Niederlage.

Die richtige Antwort werden die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die fortschrittliche Intelligenz gemeinsam geben. Wenn es gelingt, das ganze Volk aufzubieten, wird die bunte Einheit Wirklichkeit.

Die chilenischen Kommunisten stehen an der Spitze des Kampfes, der im Lande gegen den Faschismus entbrannt ist. Obwohl ungezählte Mitglieder der KP ermordet wurden, „verschollen“ sind und ins Exil gehen mußten, führen unsere Parteiorganisationen, wenn auch in der Illegalität, ihre Arbeit überall weiter, wobei sie die Verbindungen zu den Massen, die offen agieren, entwickeln und festigen.

Wir sind uns über unsere Fehler in der Vergangenheit im klaren und meinen, daß wir diese nur durch Taten wiedergutmachen können. Unser Kampf gegen den Faschismus ist zuerst volksverbunden, patriotisch. „Um Patrioten zu sein, brauchen wir chilenischen Kommunisten niemanden attackieren“, sagt Luis Corvalán. „Wir greifen nur Imperialismus, Neokolonialismus, Rassismus, Expansionismus und die anderen Feinde der Freiheit der Völker an. Um unsere Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu bekunden, brauchen wir nicht die Sowjetunion zu kritisieren, wie uns gewisse Leute das einreden wollen... Die gigantischen Umgestaltungen, die in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern vollbracht wurden, sind ein überaus wichtiger Faktor, der das Proletariat und die Völker der ganzen Welt für den Kampf gegen den Imperialismus sowie alle Formen der sozialen und nationalen Unterdrückung begeistert.“

Unsere Politik erarbeiten wir völlig selbstständig, unter Berücksichtigung der Realitäten und der Notwendigkeiten in unserem Land. Das chilenische Volk weiß, daß es sich stets auf die KP Chiles als einen hervorragenden Organisator und standhaften Kämpfer für die gemeinsame Sache verlassen kann. Das chilenische Volk weiß ferner, daß auch die machtvolle internationale Solidaritätsbewegung, die es vermocht hat, das Faschistenregime Pinochets weltweit zu isolieren, die chilenischen Patrioten nach wie vor unterstützen wird.

DER KURS DER NEUEN CREW

Ohne den Ablauf der 100 Tage abzuwarten, nach denen die ersten Schritte einer neuen Regierung gewöhnlich beurteilt werden, schrieb die in Montreal erscheinende „Gazette“ schon im Juli: „Das Fehlen eines klaren Eindrucks von der Tätigkeit der Regierung nach zwei Monaten ihrer Amtszeit ist eine direkte Folge der absichtlichen Torystrategie.“ Als aber die 100 Tage verstrichen waren, erklärte der Führer der Neuen Demokratischen Partei, Edward Broadbent, in diesem Zeitraum seien die Hoffnungen des Volkes auf eine Besserung zusammengebrochen.

Der Sieg der Konservativen bei den Parlamentswahlen vom 22. Mai widerspiegeln einen gewissen Rechtsruck beim größten Teil der herrschenden Klasse des Landes und bei den kleinbürgerlichen Massen seines englischsprachigen Teils. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bewirkten, daß viele von der bürgerlich-reformistischen Strategie der Liberalen enttäuscht waren, und trieben sie den Konservativen in die Arme. Diese Wendung wurde auch durch einen verstärkten Einfluß der Geschäfts- und Industriekreise Westkanadas beschleunigt, die seit den 50er Jahren ununterbrochen die Konservativen unterstützen.

Durch die Wahlen ging die Staatsmacht an Repräsentanten des Westens über, dessen Anteil an der Landesbevölkerung und Landeswirtschaft zunimmt. Aus dem Westen stammen Ministerpräsident Clark und Generalgouverneur Schreyer, früher Ministerpräsident der Provinz Manitoba. Im Westen haben die Konservativen durchweg gesiegt, sie haben hier 56 Parlamentssitze bekommen, die Liberalen dagegen nur 3.

Während die Konservativen also in fast allen englischsprachigen Provinzen gesiegt haben, wurden sie im französischsprachigen Quebec geschlagen — dort bekamen sie nur 2 Sitze. Um sich Rückhalt bei den Quebecer Wählern zu sichern, gab man beiden Abgeordneten Ministerpostfessilles, und nicht nur ihnen, sondern auch zwei Senatoren aus dieser Provinz. Dennoch entspricht die Vertretung der Frankokanadier in der Regierung ihrem Anteil an der Bevölkerung nicht.

Die Regierungsbildung war aber doch nicht die härteste Probe für die Konservativen. An der Tagesordnung sind noch immer die Probleme, die die Liberalen nicht zu lösen vermochten: die langsame wirtschaftliche Entwicklung, die unaufhaltsam anwachsende Teuerung, die große Arbeitslosigkeit, die Frage der Frankokanadier, die Differenzen zwischen der industriell entwickelten Landesmitte und den an Energieressourcen reichen westlichen Provinzen. Die wirtschaftlichen Mißstände röhren hauptsächlich davon her, daß Kanada immer mehr von der Wirtschaft der USA abhängt. Die Gebrechen des Nachbarn im Süden werden zu Gebrechen der Wirtschaft Kanadas.

Die Konservativen traten die Macht unter der Devise an, die Wirtschaft zu sanieren, die Steuern zu senken, den bürokratischen Apparat abzubauen und sogar alle Klassen und sozialen Gruppen miteinander auszusöhnen. Nach dem Wahlsieg aber erläuterten einige Minister offiziell, die Regierung fühle sich nicht in allen Punkten an das Wahlprogramm gebunden. Zu erfüllen seien hauptsächlich die Versprechungen an die Geschäftswelt: die Steuervergünstigungen für das Big Business und der Abbau der staatlichen Wirtschaftsregelung, die angeblich der „Privatinitiative“ hinderlich ist und dadurch die wirtschaftliche Entwicklung hemmt. Die Konservativen wollen die militärischen Aufwendungen vergrößern und die Streitkräfte mit modernster Technik ausrüsten.

Schon ist vorgemerkt, in den USA, bei General Dynamics und McDonnell Douglas, für die kanadische Luftwaffe 130—150 Flugzeuge anzukaufen. Sie werden den Steuerzahler fast 3 Md. Dollar kosten. Im Jahre 1981 sollen in der kanadischen Arktis große Manöver stattfinden. Gleichzeitig ist eine regere militärische Betätigung in Europa im Rahmen der NATO geplant. Im Kurs des neuen Kabinetts kommen die alten, festen Verbindungen der konservativen Partei mit den Militärkreisen zum Ausdruck.

Wie der „Toronto Star“ konstatiert, werden die übrigen Wahlversprechungen der Konservativen (Senkung der direkten Steuern, Vergünstigungen bei Hauskäu-



fen) nacheinander ad acta gelegt. Später sollen weniger Kanadier Arbeitslosenunterstützung beziehen.

Die seinerzeit populären Lösungen der Konservativen über die Bekämpfung der Bürokratie und über staatliche Einsparungen haben bisher nur die Form eines Plans zur Entlassung von 60 000 Beamten (20% der Bundesbeamten) und der Auflösung eines Teils der staatlichen Konzerne angenommen, wobei ihre Guthaben an Privatpersonen verkauft werden sollen. In erster Linie soll die staatliche Öl firma Petro-Canada zugemacht werden. Käufer für sie haben sich schon gefunden. In den Geschäftskreisen wird das begrüßt. Ihnen paßte das Eingreifen der liberalen Regierung in ihren Tätigkeitsbereich ganz und gar nicht. Die Proteste der breiten Bevölkerungsschichten waren aber viel eindringlicher. Die KPK hat den Plan entschieden verurteilt, ebenso die Neue Demokratische Partei, die Führung der Liberalen und viele bürgerliche Zeitungen des Landes, besonders der industriellen Gebiete Ontario und Quebec.

Die Konservativen haben im Unterhaus keine feste Majorität und sind in gewissem Grade von den oppositionellen Fraktionen abhängig. Im Parlament stand schon dreimal die Vertrauensfrage zur Debatte, die Konservativen müssen lavieren, beim dritten Mal retten nur zwei Stimmen Mehrheit das Kabinett vor dem Fall. Doch jetzt wird die Lage des Kabinetts durch Schwierigkeiten der oppositionellen Parteien erleichtert. Die Liberalen Partei hat sich von der Niederlage noch nicht erholt. Die Neue Demokratische Partei, die ständig finanzielle Schwierigkeiten hat, braucht Zeit, um ihre Kasse zu füllen. Auch die Soziale Kreditpartei, die am 22. Mai empfindliche Verluste hatte, ist an außertourlichen Wahlen uninteressiert. Deshalb können sich die Konservativen für die nächste Zeit vor einem Misstrauensvotum im Parlament sicher fühlen. Ob aber lange?

S. PETROW

ERFOLGREICHER BESUCH

Anfang Dezember besuchte eine mongolische Partei- und Regierungsdelegation unter Ministerpräsident Jambyn Batmunch die Bruderländer Vietnam, Kampuchea und Laos. J. Batmunch führte Gespräche mit seinen Kollegen Pham Van Dong, Heng Samrin und Kaysone Phomvihane. Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der MVR und der SRV, zwischen der MVR und der VDR Laos sowie ein Abkommen über Hilfe der Mongolei an Kampuchea wurden unterzeichnet.

Hierbei ist die ganze Kompliziertheit der politischen Lage in Indochina zu berücksichtigen. Die Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea haben zwar die nationale Einheit erreicht und die ausländische Einmischung entschieden zurückgewiesen, erfolgreich bauen sie die neue Gesellschaft auf. Doch alle drei Völker haben weiterhin damit zu tun, die Folgen kolonialer und neokolonialistischer Herrschaft, des langjährigen Bürgerkrieges, der barbarischen Handlungen der US-Aggressoren und der Pekinger Hegemonisten zu überwinden. Die Schwierigkeiten werden noch dadurch vertieft, daß man in Peking Versuche nicht aufgegeben hat, die Länder Indochinas in die eigene Einflußsphäre zu ziehen. Gemeinsam mit den herrschenden Kreisen der USA und einiger anderer Länder betreibt die Pekinger Führung die internationale Isolierung der SRV, der VDR Laos und der VR Kampuchea.

In dieser Lage erlangt die Solidarität der sozialistischen Bruderländer mit den Völkern Indochinas verständlicherweise besondere Bedeutung. Neben den kürzlich geschlossenen Verträgen über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SRV, der VR Bulgarien und der VDR Laos erweitern die beim Besuch der mongolischen Delegation unterzeichneten Dokumente die völkerrechtliche Grundlage dieser Solidarität.

Die vier Regierungschefs widmeten internationalen Fragen große Aufmerksamkeit. Insbesondere bekundeten sie ihre Unterstützung für den von der Sowjetunion auf der jetzigen Vollversammlung unterbreiteten Vorschlag „Über die Unzulässigkeit des Hegemonismus in den internationalen Beziehungen“ und verurteilten die Pekinger Expansionisten. Die Teilnehmer der Gespräche erklärten, daß die Resolution zur „Kampuchea-Frage“, die kürzlich der UNO-Vollversammlung aufgekrochen wurde, in direktem Widerspruch zu den Zielen und Prinzipien der Vereinten Nationen steht.

Auch die Erörterung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zeitigte Ergebnisse. Die Verträge MVR—SRV und MVR—VDR Laos enthalten besondere Artikel über die Abstimmung der Volkswirtschaftspläne sowie das bilaterale und multilaterale Zusammenwirken wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technischer Stellen. Bereits während des Aufenthaltes der mongolischen Delegation in Hanoi fand dort die erste Tagung der vietnamesisch-mongolischen Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit statt.

Die feste Solidarität der sozialistischen Länder mit Vietnam, Laos und Kampuchea ist ein wichtiger politischer Faktor in Südostasien. Das hat der Besuch der mongolischen Partei- und Regierungsdelegation in Indochina ein weiteres Mal gezeigt.

J. DIMOW

ANNÄHERUNG UND DIFFERENZEN

Japans Premierminister Ohira wurde in Peking mit Lächeln und Freundschaftsbeteuerungen empfangen. Dem Gast wurde die „hohe Ehre“ zuteil, auf einer Tagung des Politischen Konsultativen Volksrates Chinas eine Rede halten zu dürfen. Feierlich wurde ihm als „Geste der Freundschaft“ ein Bambusbär überreicht. In Peking tat man alles, um das „Einvernehmen“ der Nachbarn zu demonstrieren. Doch sowohl der zurückhaltend-skeptische Ton der ja-

panischen Presse als auch die Reden von Ohira selbst zeigten, daß die Bedenken und die Vorbehalte, mit denen sich die japanische Delegation an den Verhandlungstisch setzte, nicht ausgeräumt wurden.

Zwei Fragen wurden erörtert — die Gewährung eines Großkredits an China, der Grad der Beteiligung japanischer Firmen an der Modernisierung der chinesischen Wirtschaft sowie weltpolitische Fragen.

Kurz vor dem Besuch hatte Peking um einen Kredit von 5,5 Md. Dollar — eine Summe, die um das Vielfache höher ist als Japans jährliche Entwicklungshilfe — ersucht, um acht Projekte zu realisieren. Das hatte große Unruhe sowohl in Japan selbst als auch im Ausland, besonders in den ASEAN-Staaten, ausgelöst. In der Regierungspartei der Liberal-Demokraten begann man davon zu sprechen, die Hilfe für China könne „auf militärische Zusammenarbeit mit Peking hinauslaufen“. Ohira mußte die Kritiker beruhigen, indem er drei Bedingungen für die Hilfe an China nannte: eine vorherige Absprache mit den westeuropäischen Ländern und den USA, ein Ausgleich mit der Hilfe für andere Entwicklungsländer und ein Verzicht auf militärische Zusammenarbeit. So belauften sich die Kredite für das laufende Finanzjahr auf nur 200 Mio. Dollar. Die chinesische Führung war mit den wirtschaftlichen Aspekten des Treffens alles andere als zufrieden.

Es gibt aber in Tokio auch Kräfte, die vor allem auf eine japanisch-chinesische Annäherung setzen. Sie wollen den potentiellen Markt für sich allein erobern und sich die antisowjetischen Ambitionen Pekings zunutze machen. Nicht die letzte Rolle bei der Reise des japanischen Premiers spielte der Zeitung „Daily Yomiuri“ zufolge auch der Wunsch, „das eigene politische Ansehen, das durch den Mißerfolg bei den Parlamentswahlen stark ramponiert ist, wiederherzustellen“.

Trotz aller Annäherungsversuche brachen immer wieder tiefen Differenzen auf. Ohira rief die chinesische Führung auf, die Beziehungen zu Vietnam friedlich zu regeln. Besonders unzufrieden war Peking über die Erklärung Ohiras, Japan wolle der SRV Wirtschaftshilfe gewähren.

L. MLETSCHIN

GEWINNER: PENTAGON

Nicht jeder Amerikaner kennt die Kleinstadt Ely in der Wüste von Nevada. Sie hat nur 5600 Einwohner und keinerlei Touristenattraktionen.

Doch dafür ist Ely dem Pentagon gut bekannt. 1951–1962 wurden in Nevada südlich von Ely 80 Atomexplosionen in der Atmosphäre durchgeführt. Der Nordwind trug die radioaktiven Niederschläge direkt auf Ely zu. Regierungsexperten suchten die Einwohner zu beruhigen. Anfangs schienen wirklich keine Gefahren zu drohen, doch dann nahm die Zahl der Krebs- und Leukämie-Erkrankungen im Bundesstaat Nevada spürbar zu und kletterte deutlich über den US-Durchschnitt. Es gab viele Mißgeborenen.

Der Vater von Mrs. Cracraft aus Ely starb mit 43 an Leukämie. Mrs. Cracrafts Tochter starb mit 17. Später gebar Mrs. Cracraft ein mißgestaltetes Mädchen, das im ersten Lebensjahr starb. Und dann erkrankte Mrs. Cracraft selbst.

Glücklicherweise besserte sich Mrs. Cracrafts Gesundheitszustand wieder, und jetzt sind die am Leben gebliebenen Kinder ihre Hauptsorge. Einen Reporter aus Washington, der nach Ely gekommen war, fragte sie, ob die Administration beabsichtige, den Angehörigen der Strahlenopfer eine Entschädigung zu zahlen. „Wir haben hier viele Menschen in der Stadt, die ständig unter den Folgen der Atomtests leiden. Ständig denken wir, wer denn das nächste Opfer sein werde. Und jetzt wollen sie auch noch die MX hierher schaffen...“

Eine Erklärung von Oberstleutnant Ford, Ely werde „im unmittelbaren Zentrum der Stationierung“ (des MX-Systems) sein, hatte den Reporter neugierig werden lassen. Brigadegeneral Hecker, seines Zeichens PR-Spezialist, hatte ein Zuckerbrot parat: Die MX werde „größer als die ägyptischen Pyramiden, größer als die Alaska-Pipeline oder der Panamakanal sein.“

Der General mache auch der dortigen Bevölkerung ein Kompliment: „Ich liebe und verehre die hiesigen Menschen. Für mich ist hier wirklich das Herz Amerikas — der Geist der Unabhängigkeit, des Patriotismus...“

Auch in Ely fanden sich solche „Patrioten“ — z. B. Betty Whitehurst von der dortigen Handelskammer. „Wenn die MX den Russen zeigt, daß wir die Nation Nr. 1 sind, dann sollten wir sie bauen.“ In der Handelskammer der Kleinstadt hat man also jemanden gelehrt, in den Kategorien der Washingtoner Generale zu denken.

Doch nicht alle haben diese Kategorien akzeptiert. John Crawford führte eine Meinungsumfrage durch, bei der sich die Mehrheit in Ely gegen die MX aussprach. Selbst die Vision eines „Wirtschaftswunders“ läßt sie kalt, da die meisten neuen Stellen von Zugereisten eingenommen werden sollen. Auch Joe Merica, Chefredakteur des Lokalblattes, wandte sich entschieden gegen die neuen militaristischen Pläne.

Und wen kratzt das? Im Bundesstaat Nevada sind ja Glücksspiele erlaubt.

In Ely wird nicht mit hohem Einsatz gespielt. Doch das Pentagon hatte seine Einsätze schon wieder heraus, als das MX-System bewilligt wurde. Das Pentagon setzt immer und verliert nie. Für die Einwohner des kleinen Ely ist es fast unmöglich, gegen das Pentagon zu gewinnen.

V. GRIBATSCHOW



Diese Karikatur aus der „Los Angeles Times“ versah der Zeichner mit einer interessanten Unterschrift — mit Mao Zedongs Lösung „Laßt hundert Blumen blühen...“



Sie halten die Zeit an.

Zeichnung: W. Tschakiridis Einkünfte

PEKINGER WI

Die ca. 200 m lange hohe Ziegelsteinmauer in Pekings Zentrum ist überall als „Mauer der Demokratie“ bekannt. Vollgeklebt mit Wandzeitungen, diversen Bekanntmachungen und Proklamationen ist sie jetzt im Ausland nicht weniger bekannt als die Große Chinesische Mauer.

Die „Mauer der Demokratie“ gilt zu Recht als „politisches Barometer“. Das Ankleben von Wandzeitungen war stets von einer Verschärfung des Fraktionskampfes in der Pekinger Führung begleitet. Doch an der Mauer tauchten bisweilen auch Wandzeitungen auf, die gepeinigte Bauern, Studenten und Militärs verfaßt haben. Hier konnten bisweilen sogar jene, die die Aggression gegen Vietnam verurteilen und die zur Wiederherstellung der Freundschaft mit der Sowjetunion aufrufen, ihre Wandzeitungen ankleben. Dort wurde eine prin-

IM
Auf
Klassen
lobten
findet
Schrift
die G
die die
te des
preisen
Unter
die is
seit üb
das G
nale I
rungsin
kürzlic
ben: In
Jahren

zielle Ein
Innen- und
gegeben.

Die „wilde
tungen waren
Behörden
Auge. Schon
hatten sie
Auftauchen
scher Wan
verhindern.
test brach
vor Bahn.

Jetzt besc
Aufrührertu
Wurzel aus



GLOBTEN LAND“

Fünftel der Israelis von 7,4% auf 6,9% gesunken und der der Einkünfte vom reichsten Fünftel von 40,7 auf 42,7% gestiegen. Das heutige Israel ist also ein gewöhnlicher kapitalistischer Staat, wo nur eine kleine Minderheit — wie in der bürgerlichen Gesellschaft üblich — unter paradiesischen Bedingungen lebt.

Dabei ergeben die gesamten Auslandsschulden Israels — 14 Md. Dollar — eine Pro-Kopf-Belastung von ca. 4000 Dollar, füreinander ein Weltrekord.

Pekinger Revolutionskomitee verbot, Wandzeitungen an der „Mauer der Demokratie“ anzukleben. Um vor dem Ausland nicht „das Gesicht zu verlieren“, erlaubte man den Aushang von Wandzeitungen in Institutionen und in einem Park abseits vom Zentrum. Doch wer es wagt, von diesem engen Schlitz im „Bambusvorhang“ Gebrauch zu machen, muß sich registrieren lassen und ist für den Inhalt der Wandzeitung verantwortlich.

F. JURJEW



„NEUE ZEIT“

51-79

Außerdem gehen zwei Drittel des Staatshaushalts für „Verteidigungs“ausgaben drauf. Die Israelis müssen die Hälfte ihres Lohns ans Finanzamt abführen — mehr als die Einwohner jedes anderen Landes. Und schließlich hält Israel noch einen Weltrekord: Die Inflationsrate liegt bei mehr als 100% jährlich.

All das lassen Emigranten verlauten, denen es allen offiziellen Hindernissen zum Trotz gelungen ist, das „Gelobte Land“ zu verlassen. Und das funkt nicht so wenige — über 20 000 jährlich, fast ebenso viele, wie sich von den zionistischen Verhüllungen haben einfangen lassen und ins „Gelobte Land“ kommen.

A. STEPANOW

GUTBÜRGERLICHE MAFIA

Die Paten der organisierten Kriminalität sind in letzter Zeit in Italien finanziell so stark geworden, daß das traditionelle Geschäft — Schmuggel, Rauschgift und Prostitution — ihnen schon zu wenig ist. Gutbürgerliches Unternehmertum ist da ja viel ruhiger und honiger. So beschlossen die Mafiosi, die ... Industrialisierung des Südens in Angriff zu nehmen. Das verheißt ihnen nicht nur Millionenprofite, sondern ermöglicht ihnen auch, sich von der gutbürgerlichen Seite zu zeigen.

Als die Grundsteinlegung eines großen Hüttenkombinats in Kalabrien bekanntgegeben wurde, erklärten

die örtlichen Mafiabosse so gleich, sie seien bereit, sich an dem Bau zu beteiligen. Die Lokalbehörden standen vor einem Dilemma — entweder der Mafia Zugeständnisse zu machen und so einen Skandal auszulösen, oder aber auf die schwarze Liste der Mafiosi zu gelangen. Offenbar gewann Furcht die Oberhand: Von den Mafiosi wollte man sich loskaufen, indem man ihnen einen Knochen vorwarf. Man bot ihnen 3% des Objektwertes gegen das Versprechen an, daß sie sich dem Bau fernhalten.

Doch dieses Angebot wurde hochmütig abgeschlagen. Jetzt lockt die kalabrischen Mafiabosse vielmehr ein neuer, honiger Status — das „freie Unternehmertum“.

W. IWANOWSKI

BUDENMANGEL

Einige junge Leute mit Bettwäsche in der Hand betreten ihr Zelt — diese Episode spielt nicht auf einem Campingplatz. Der Illustrierten „Stern“ (BRD) zufolge haben wohnungslose Studenten der Universität Münster ein Zelt aufgeschlagen, weil sie die horrenden Mieten nicht bezahlen können.

Zwei junge Männer und eine junge Frau ziehen durch eine Kölner Straße mit Plakaten: „Drei verzweifelte Studenten suchen eine Einzimmer- und eine Zwei-Zimmer-Wohnung.“

Die Lage am Wohnungsmarkt verschlechtert sich für die Studenten in allen BRD-Universitätsstädten immer mehr. Aufrufe von Bürgermeistern und Rektoren ebenso wie die Bemühungen studentischer Organisationen bleiben wirkungslos. Die Hausbesitzer nehmen die Studenten aus: Oft verschlingt die Miete die Hälfte des Stipendiums. Viele verlangen von den Studenten, den Babysitter zu spielen, im Garten zu arbeiten oder die Wohnung des Vermieters aufzuräumen. Besonders schwer haben es die ausländischen Studenten. Sehr ungern vermietet man eine Bude an sie — und wenn doch, dann zu noch stärker gepefferten Preisen als an Landsleute.

W. ROSEN



SACKGASSEN DER „CORPORATE SOCIETY“

Waleri KOWALENKO

Je akuter und offensichtlicher die dem Kapitalismus immanenten Gebrüchen werden, desto mehr kompromittieren sich im Westen die unverhüllt apologetischen Theorien, die jahrelang dem Zweck dienten, die Ausbeuterordnung zu verteidigen. An ihre Stelle treten sozialpolitische Doktrinen, die auf folgendes hinauslaufen: Gewiß, der Kapitalismus mache eine schwere Zeit durch, doch sei das kein Grund zur Verzweiflung. Er habe seine Lebenskraft nicht verloren, seine Reserven noch nicht restlos erschöpft, und das soziale Paradies sei ihm nicht verbaut.

In dieser Tonlage sind u. a. alle Leitsätze der Theorie der sogenannten Korporativgesellschaft (corporate society) gehalten. Unter denen, die die Interessen der Machthaber und Kapitalisten in Westen betreuen, spricht man von ihr als von einem Ariadnefaden, der den Kapitalismus aus dem Labyrinth der Krise herausführen könnte. So behauptet Adolf Berle, einer der Urheber dieser Theorie, die Corporations, die Konzerne, könnten „das revolutionäre Instrument des Kapitalismus des 20. Jahrhunderts“ werden: Die Herrschaft der Corporations in der Wirtschaft verändere mit Notwendigkeit den Inhalt des Eigentums und die gesamte Struktur der kapitalistischen Gesellschaft und führe zu ihrer günstigen Transformation.

Fusions- und Absorptionsboom

Am meisten verbreitet ist die Corporate-Society-Theorie in den USA. Das ist begreiflich, wird dort doch das Bedürfnis nach solchen Begründungen für die Tätigkeit der modernen Monopole stärker als andernwärts empfunden. Die Macht der großen Monopole, ihr Einfluß auf alle Gebiete des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens haben in diesem Land gigantische Ausmaße angenommen. Auf die fünf größten Erdölgesellschaften entfallen 47% der Produktionskapazitäten des Zweiges; der entsprechende Anteil der fünf größten Gesellschaften im Hüttenwesen und der vier in der Aluminiumindustrie ist noch höher: 65% bzw. 71%.

Über das Produktions- und Finanzpotential der größten Konzerne geben folgende Zahlen Aufschluß. Die General Motors vereinigt über 130 Unternehmen, die General Electric über 220, die Sears, Roebuck and Co. (Handel) rund 800 Kaufhäuser.

Die Konzentration des Kapitals in den größten Konzernen entwickelt sich stürmisch. Gegenüber 1974 bis 1975 wurden 1978 viermal soviel, nämlich über 60 Abschlüsse über den Erwerb von Firmen mit Aktiva von mehr als 100 Mio Dollar getätig. Wie USA-Ökonomen selbst betonten, liegt ein „Boom von Fusionen und Absorptionen“ vor.

Doch rief der Boom der Konzentration der Produktion und der Zentralisation der Macht in den Händen des Großkapitals in den breiten Schichten der USA-Gesellschaft keine Begeisterung hervor. Im Gegen teil, eher Befürchtungen und Besorgnis, was durchaus begründet ist. Da kamen die Urheber der Corporate-Society-Theorie mit ihren Ausführungen sehr rechtzeitig. Gerard und Jean Lenski beschwichtigen die Öffentlichkeit in ihrem Buch „Menschliche Gesellschaften“: „Mit dem Wachstum der Corporations ändert sich ihr Wesen von Grund auf. Am wichtigsten ist, daß die Kontrolle in den meisten Fällen aus den Händen der Inhaber an die Gruppe der Spaltenmanager übergeht.“ Das Privateigentum, der Privatbesitz sei nur für den früheren Kapitalismus charakteristisch gewesen. Heute aber sei sie dank der Entwicklung des Aktienkapitals gleichsam in zwei Funktionsformen gespalten: eine passive, von der die ganze Masse der Aktienhalter erfaßt sei, und eine schöpferische, leitende (Wirkungsbereich der Manager, der höchsten Verwaltung und der anderen Gliederungen des Verwaltungsapparats). Der bekannte amerikanische Ökonom und Soziologe J. Galbraith bezeichnet diesen Bereich als „Technostruktur“. Somit, führen die Urheber der neuen Doktrin aus, sei die Vorstellung vom Kapitalismus als einer auf dem Prinzip Herrschaft—Unterordnung basierenden Gesellschaft überholt. Die Kapitalisten als

solche seien drauf und dran, aus dem USA-Leben zu verschwinden. Von nun an gehörten sie zusammen mit den Arbeitern und anderen werktäglichen Schichten zu einer „einheitlichen Korporativklasse“.

Geld kommt zu Geld

Das klingt ja beinahe wissenschaftlich: Es komme zu einer Streuung, also zur Demokratisierung des Eigentums. Anders könne es nicht sein, seien doch die Aktien und Obligationen unter Millionen von Besitzern gestreut. Aber die Frage nach der realen sozialen Zusammensetzung der Aktienhalter, nach den Relationen der Aktienstreuung wird mit Schweigen übergangen. Es ist klar, warum. Man braucht der Sache nur auf den Grund zu gehen, und schon offenbart sich die ganze Falschheit der Ergüsse über die Demokratisierung des Aktienkapitals.

Zuerst einmal haben die meisten Amerikaner überhaupt keine Aktien. Unter den Arbeitern und Farmern machen die Aktienbesitzer einen verschwindend geringen Prozentsatz (2,7 bzw. 0,3%) aus. Alles spricht dafür, daß dieser Anteil in den nächsten Jahren noch zurückgehen wird, die Tendenz ist eindeutig genug. Laut „Business Week“ sank die Zahl der Aktienhalter allein 1973—1978 in den USA um 7 Millionen, wohlge merkt unter denjenigen, deren Arbeitseinkünfte nicht hoch sind. Das Aktienkapital der Reichen dagegen ist im Wachsen begriffen. In seinem Buch „Reich und superreich“ verweist F. Landberg darauf, daß 0,5% der erwachsenen USA-Bevölkerung über mehr als ein Drittel des Nationalreichtums verfügen. Ähnlich ist es um die Aktienhalter bestellt: Über 80% der gesamten Aktien, 88,5% aller von den Gesellschaften emittierten Obligationen und 100% der Obligationen der Bundesstaaten und der Municipalitäten gehören einem sehr engen Kreis von Personen, die lediglich 1,6% der Bevölkerung ausmachen.

Kurz, die „Umverteilung“ des Kapitals innerhalb der „Korporativgesellschaft“ bezieht sich nicht auf die Arbeiterklasse und die anderen arbeitenden Schichten. Das Leben bestätigt die Worte Lenins: Der Trick mit der Einbeziehung der einfachen Menschen in die Zahl der Aktienhalter, „von der bürgerliche Sophisten ... eine Demokratisierung des Kapitals“ ... erwarten (oder zu er-

warten vorgeben), ist in Wirklichkeit eines der Mittel, die Macht der Finanzoligarchie zu vermehren".

Es ist klar, daß der Erwerb von ein paar Aktien einen Menschen in keiner Weise dem Kapital eines Konzerns näherbringt und ihm keinerlei Rechte gibt. Die wirkliche Macht haben die wenigen Eigentümer, die die Tätigkeit der Konzerne – individuell oder kollektiv – mittels des Mechanismus der finanziell-oligarchischen Verbindungen kontrollieren. Sie sind es, die herrschen.

Und noch eins: Assoziiertes Eigentum hebt die inneren Gegensätze des Kapitalismus keineswegs auf. Es vertieft sie sogar, bietet es doch weitgehende Möglichkeiten, die bei Tausenden Menschen gesammelten Kapitalien für egoistische Zwecke zu benutzen. Im Grunde stimmen die finanziell-oligarchischen Gruppen heute nicht nur mit ihren eigenen Aktien ab. Ein gewaltiger gesellschaftlicher Reichtum wird in den Dienst an den eigennützigen Interessen des assoziierten Kapitalisten gestellt. Noch Karl Marx schrieb: „Verfügung über gesellschaftliches, nicht eigenes Kapital gibt ihm Verfügung über gesellschaftliche Arbeit.“ Die Urheber der Theorie der „Korporativgesellschaft“ wagen nicht, diesen Schluß zu widerlegen. Allerdings wollen sie ihn umdeuten.

Der Mythos von der „sozialen Verantwortung“

Der USA-Futurologe D. Bell schrieb in seiner Arbeit „Anbruch der postindustriellen Gesellschaft“, die Konzerne „werden heute unweigerlich zu der Arena, auf der alle Forderungen der sozialen Sicherheit, Gerechtigkeit und Achtung entschieden werden“. Die größten Monopole dienten nunmehr dem gesellschaftlichen Wohlergehen, und ihr Beweggrund sei nicht mehr der Superprofit, sondern ein Mehrfaktorenwachstum „unter Berücksichtigung der sozialen Verantwortung“.

Bei der Schilderung des „altruistischen Klimas“ in der kapitalistischen Gesellschaft operieren die bürgerlichen Soziologen u. a. mit so verschwommenen Begriffen wie „Korporativpsyche“ oder „Korporativgewissen“. Alle früheren Konzeptionen von Ökonomen und Reformatorien entsprachen nicht mehr der Wirklichkeit, weil die Macht der größten Gesellschaften die Profitjagd wesentlich beschränke.

Bei ihren Äußerungen über den heute angeblich grundsätzlich andern Mechanismus des Monopolunter-

nehmertums führen die bürgerlichen Experten gewisse Momente ins Tref- fen, die dem gegenwärtigen Kapitalismus in der Tat eigen sind. Doch werden solche realen Momente in verfälschter Form dargestellt. Sehr häufig schreibt die Presse beinahe mit Rührung über Beschlüsse der Monopole, die auf den ersten Blick in einer konkreten Situation keinen Gewinn versprechen. Ja, das kommt manchmal vor: z. B. wenn die Mammutgesellschaften einen mächtigen Verbündeten für sich gewinnen und dem Konkurrenzkampf seine Schärfe nehmen wollen. Bei der Erweiterung der Produktion nehmen sie bisweilen zeitweilige Verluste in Kauf, um einen Markt zu erobern, einen eventuellen Rivalen zu schwächen oder niederzukonkurrieren. Unverändert bleibt, daß die Monopole immer von ihren eigenen Interessen ausgehen. Im Hinblick auf den gesellschaftlichen Nutzen dagegen begrenzen sie ihre Sorgen, wie eine USA-Zeitung schrieb, „auf Erklärungen für die Presse, leere Reden etc.“ J. Cohen und M. Mintz, die in den 70er Jahren eine Folge von Arbeiten über Struktur und Mechanismus der Macht in den USA veröffentlichten, schreiben, daß das Korporativgewissen, selbst wenn es das gebe, nicht zu beeinflussen sei. Je höher die Konzentration der Wirtschaftsmacht, stellen sie fest, desto geringer die Sorge um Leben, Gesundheit, Umwelt und wirtschaftliches Wohlergehen des Volkes.

Räuber bleibt Räuber

Dieser Schluß der namhaften USA-Wissenschaftler wird z. B. durch folgende Beispiele bestätigt. In den Nachkriegsjahren stiegen die Profite der USA-Autofirmen dreimal so schnell wie die Löhne der Automobilbauer. Aber selbst dieser Zuschlag schmolz wegen der Lebenssteuerung weg. Erschütternd sind folgende Angaben: Wie D. Georgakas und M. Surkin bezeugen, kommen in den Autowerken der USA jährlich etwa 16 000 Personen um, noch 63 000 verlieren die Arbeitsfähigkeit, 1,7 Millionen das Hörvermögen.

J. Ridgeway veranschaulicht die Räuberpolitik der amerikanischen Treibstoff- und Energiekonzerne mitten in der Energiekrise in seinem Buch „Das letzte Spiel“. Diese Monopole litten keinesfalls unter den Wirren in der Energiewirtschaft, ja sie erzielten schwindelerregende Profite. So verkaufte die Boston Gas Co. ihr Gas an die Verbraucher zu

2,22 Dollar je 1000 Kubikfuß, obwohl sie es bei den Produzenten zu 17,5 Cent kaufte. Während das Gas also von der Bohrsonde zum Verbraucher befördert wurde, stieg sein Preis auf 1200 %!

Allgemeine Entrüstung riefen die vor kurzem veröffentlichten Angaben über die Profite der größten Treibstoff- und Energiekonzerne im ersten Quartal 1979 hervor. Bei Giganten wie der Mobil Oil und der Texaco stiegen sie um 81%, bei der Standard Oil of Ohio um 303%, bei der Continental Oil um 343%. Nach Ansicht von Experten wird das von Präsident Carter in diesem Frühjahr verkündete Programm für die allmähliche Aufhebung der staatlichen Kontrolle über die Erdölpreise (1. Juli 1979–30. September 1981) die Verbraucher die runde Summe von 18 Md. Dollar kosten.

Solche Fakten, die den volksfeindlichen Charakter des Großkapitals verdeutlichen, lassen sich durch kein Gerede von der sozialen Verantwortung und der Sorge um das allgemeine Wohl kaschieren. Immer breitere Bevölkerungsschichten erkennen das. Sie lassen sich nicht durch den Sirenenengesang von den Wohlthaten einlullen, die die Urheber der Corporate-Society-Theorie ihnen versprechen. Nicht von ungefähr schrieb H. Manne, Direktor des Zentrums für rechtliche und wirtschaftliche Studien an der Universität Miami, im Vorwort zu dem Buch „Angriff auf das Amerika der Konzerne“, daß die heutige Gesinnung der Amerikaner gegen die Unternehmer „etwas Beispielloses, an Hysterie Grenzendes“ sei. Von allen Seiten hageln es Beschuldigungen, und die Meinung entstehe, daß „das System der großen Korporationen ein eindeutiges Übel ist“.

Die Krise von Mitte der 70er Jahre bewies noch einmal, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus den Werktagen keine Erleichterung bringen kann. Seine Ökonomik steht weiterhin vor ökologischen, Währungs- und Rohstoffschwierigkeiten. Die Rivalität zwischen den imperialistischen Mächten spitzt sich zu. Inflation und Arbeitslosigkeit nehmen zu. Keine Theorien, die von der Weltanschauung der Bourgeoisie, von ihrem Wunsch eingegeben sind, die kapitalistischen Zustände aufrechtzuerhalten, können, und wenn sie auch als revolutionär angepriesen werden, dem staatsmonopolistischen Kapitalismus aus der Sackgasse heraushelfen.

AMERIKANISCH-IRANISCHER KONFLIKT: WIRTSCHAFTLICHE ASPEKTE

GEWALT ALS ARGUMENT

Ruben ANDREASSIAN

Immer mehr Tatsachen weisen darauf hin, daß der amerikanisch-iranische Konflikt von den herrschenden USA-Kreisen absichtlich provoziert worden ist. Ihre Ziele liegen auf der Hand: das revolutionäre Iran wegen des Sturzes des Schah-Regimes zu „bestrafen“, das Land erneut in die Einflußsphäre der USA einzubeziehen und allen OPEC-Ländern eine Lehre zu erteilen.

Nach allem zu urteilen, arbeitete Washington zahlreiche Maßnahmen aus, um der OPEC „die Erdöl- und Währungswaffe“ aus der Hand zu schlagen. Durch den Verzicht, das iranische Öl zu kaufen, und die gesperrten Guthaben Irans in den USA-Banken will Washington seine Wirtschaftsmacht demonstrieren, und die Konzentration von Kriegsschiffen an der iranischen Küste zeugt davon, daß auch das „Argument“ Gewalt ins Treffen geführt werden könnte.

Erwähnt sei, daß Washington seine extremen Wirtschaftsmaßnahmen in einer für die USA ungünstigen Konjunktur auf dem Erdöl- und dem Währungsmarkt traf.

Die herrschenden USA-Kreise provozierten Iran, die Öllieferungen an die USA einzustellen und seine Guthaben abzuheben (in Washington sah man also voraus, daß Teheran auf die Weigerung, den ehemaligen Schah auszuliefern, empfindlich reagieren würde), und nun schüren sie einen Konflikt, der auch den USA wirtschaftlichen Schaden zufügen kann. Man darf nicht vergessen, daß die Ölpreise steigen und daß am 17. Dezember in Caracas (Venezuela) eine OPEC-Konferenz zusammentritt, die eine neue Preiserhöhung erörtern wird. Die iranischen Öllieferungen machten in der zweiten Jahreshälfte 1979 ca. 8% des USA-Imports an Erdöl und deckten ca. 4% des Verbrauchs. Im Weißen

Haus mußte man in Rechnung ziehen, daß die Einstellung dieser Lieferungen neue Energieprobleme schaffen und die Benzinpreise in die Höhe treiben würde. Die Sperrung der iranischen Devisenguthaben zog die Weigerung Teherans nach sich, Dollars für sein Erdöl anzunehmen, und das führte zu einer abermaligen Senkung des Dollarkurses. Das Einfließen der iranischen Guthaben alarmierte die anderen OPEC-Länder, vor allem die arabischen; sie sorgen sich um ihr Kapital in den USA. Offenbar erwog man in Washington all diese Verluste und fand, daß sie zeitweilig seien und daß der erhöhte strategische Gewinn den Preis für die antiiranischen Aktionen aufwiege.

Die Einstellung des Ölimports aus Iran wurde nicht durch größere Lieferungen aus anderen Ländern wettgemacht. Venezuela weigerte sich, den USA mehr Öl zu verkaufen. In Er-Riad wurde dem USA-Finanzminister Miller ohne Umschweife gesagt, man wolle die gegenwärtige Ölgewinnung (475 Mio t) nicht erhöhen. Laut „Washington Post“ wird

in Saudi-Arabien, aus dem die USA ein Viertel ihres Ölimports decken, die Auffassung vertreten, daß es keinen Sinn habe, „Milliarden Dollars für das exportierte Erdöl zu erhalten, und niemand kann von Saudi-Arabien erwarten, daß es seine doch nicht unendlichen Ölverkommen für den Westen und zum Schaden der eigenen kommenden Generationen erschöpfen wird“.

Was Iran betrifft, so können seine Verluste aus der Einstellung der Öllieferungen an die USA durch Export nach Westeuropa, Japan und in andere Länder wettgemacht werden, und zwar zu Preisen, wie sie sich auf dem Rotterdamer Markt für vorhandenes Erdöl entwickeln (in der Regel sind sie höher als die Kontraktpreise der OPEC). Nach Schätzungen der Chase Manhattan Bank (Rockefeller-Gruppe) werden die Einkünfte Irans aus dem Ölexport auf dem Stand von 1978 (20 Md. Dollar) bleiben, obwohl das Exportvolumen von 218 auf 165 Mio t im Jahr zurückgegangen ist.

Festgestellt sei, daß die Ölpreise weiterhin in die Höhe klettern. Im November setzten Indonesien und China die Preise heraus. USA-Beobachter hoffen nur darauf, daß Saudi-Arabien den heutigen Gewinnungsstand nicht senkt und in Caracas nicht auf einem erheblichen Preisanstieg bestehen wird, da es immerhin „an den weiteren USA-Garantien für seine Sicherheit interessiert ist“.

Angesichts der unvorhergesehenen Ölpreiserhöhung im Oktober und November, die einige OPEC-Länder und andere Exporteure vornahmen, hoffen einige Wirtschaftsexperten im Westen, daß die offiziellen Listenpreise nach der Konferenz von Caracas höchstens um 10—15% steigen und sich somit dem heutigen Durchschnitt der einzelnen Erdölländer von 28 Dollar je Barrel (193 Dollar je Tonne) angleichen werden. Dann werden anstatt einer Vielzahl von Preisen nur zwei gültig sein: der offizielle der OPEC und der Promptwarenpunkt von Rotterdam. Die USA-Bankiers befürchten

EINKÜNFTE DER OPEC-LÄNDER, DIE 1979 IN WESTLICHEN BANKEN DEPONIERT WERDEN

Nach Berechnungen
der Chase Manhattan Bank
[in Md. US-Dollar]

Saudi-Arabien	12,5
Kuwait	12,3
Jordanien	9,3
Vereinigte Arabische Emirate	5,5
Libyen	2,5
Iran	2,0
Nigeria	1,9
Katar	1,6

Insgesamt 47,6

aber, daß einige OPEC-Länder den Dollar als Verrechnungseinheit bei Ölgeschäften ablehnen könnten. Die OPEC hatte diese Absicht 1975, gab sie jedoch auf, weil der Dollarkurs damals zu steigen begann. Gegenwärtig besteht der Plan, auf Grund des sogenannten Währungskorbs zu verrechnen (hierbei wird der Durchschnitt aus dem Kurs mehrerer westlicher Währungen errechnet). Nach dieser Methode werden schon seit Jahren die Kreditmittel des Internationalen Währungsfonds — die Sonderziehungsrechte — errechnet. Der Übergang zur neuen Verrechnungsbasis könnte die andauernde Dollarentwertung abbremsen und bis zu einem gewissen Maße die reale Kaufkraft der Mittel aufrechterhalten, die die OPEC aus dem Ölverkauf erhält. Nach Ansicht der Zeitschrift „Foreign Affairs“ könnten praktische Schritte in dieser Richtung „für die USA-Wirtschaft katastrophale Folgen“ haben.

Saudi-Arabien und einige andere Länder am Persischen Golf wollen das Verrechnungssystem in US-Dollars nicht aufgeben. Sie befürchten, daß es den Dollar und folglich auch ihre Bankeinlagen in den USA noch weiter entwerten könnte. Auch Venezuela teilt diesen Standpunkt. Auf jeden Fall wird das Problem in Caracas bestimmt heftige Diskussionen auslösen.

In dieser für die USA gefährlichen Situation auf dem Ölmarkt und dem eng damit verbundenen Devisenmarkt hat Washington nun mit eigenen Händen das Prestige des Dollars in den Augen der Erdölländer durch Einfrieren der iranischen Guthaben untergraben. Warum? Der Schluß drängt sich auf: Hätte die USA-Finanzoligarchie nicht gehofft, die Flucht aus dem Petrodollar zu unterdrücken, so hätte sie kaum einen solchen Schritt riskiert. Die „Business Week“ lüftet den Schleier über die Hintergründe. Dieses Sprachrohr der USA-Geschäftskreise schrieb vor kurzem ohne Umschweife: „Eine militärische Antwort auf das Vorgehen der OPEC wird immer zweckmäßiger.“ Und weiter: Es sei kaum möglich, „daß viele andere OPEC-Länder“ (außer den arabischen) „es angesichts einer entschieden und vereinigten militärischen NATO-Aktion wagen, die Ölgewinnung, wenn überhaupt, für längere Zeit einzustellen.“

Nach allem zu urteilen, rechnet Washington bei der Zuspitzung des Konfliktes mit Teheran auch auf die Glaubensdifferenzen zwischen dem schiitischen Iran und den sunnitischen arabischen Ländern sowie auf die negative Haltung der arabischen Monarchien gegenüber der iranischen Revolution.

Niemand kann natürlich sagen, wie die Entwicklung in diesem Raum verlaufen wird, falls sich Washington doch zu militärischer Gewalt entschließt. Doch muß man jetzt folgendes beachten. Laut Pressemeldungen riefen die führenden Politiker Saudi-Arabiens, Kuwaits und der Vereinigten Arabischen Emirate in Gesprächen mit US-Finanzminister Miller

Washington zur Zurückhaltung auf und verwiesen warnend darauf, daß Kriegshandlungen der USA gegen Iran in den arabischen Nachbarländern Volksaufstände hervorrufen und ihren Ölexport stören könnten.

All das braucht den amerikanischen Militärklüngel von seinem Vorhaben nicht unbedingt abzuhalten. Zugleich ist nicht ausgeschlossen, daß eindämmende Faktoren zur Wirkung kommen. Real denkende Politiker in Washington müssen sich ja darüber klar sein, welche und wie gefährliche Folgen die Gewaltanwendung in diesem ohnehin spannungsgeladenen Raum für die USA und die ganze Welt haben könnte. ■

OPERATION GUTHABEN

Waleri LOCHMATSCHOW

Am Morgen des 14. November wurde in Washington die Weisung Präsident Carters bekanntgegeben, alle Konten der staatlichen Stellen Irans in den USA-Banken und deren Niederlassungen für unbestimmte Zeit zu sperren. Die Konten von Privatpersonen werden nicht gesperrt. Washington hat also die Dollarguthaben, die dem iranischen Volk gehören, auf Eis gelegt, jedoch nicht die horrenden Summen angetastet, die der ehemalige Schah und sein Anhang dem Volk geraubt und aus dem Lande geschafft haben.

Nach Angaben der westlichen Presse werden die Devisenguthaben Irans im Ausland auf 12–14 Md. Dollar geschätzt; davon befinden sich über 8 Md. in den USA (ca. 5 Md. als Einlagen in USA-Banken, 1,2 Md. in Wertpapieren / Obligationen/ des USA-Schatzamtes, 600 Mio in Gold und 400 Mio beim USA-Schatzamt als Vorschuß des Schah-Regimes auf Rüstungsaufträge).

Die Außenschulden Irans werden von der Auslands presse auf ungefähr ebenso hoch eingeschätzt. Hervorgehoben wird die Anleihe der ehemaligen Schah-Regierung, die 1977 für 0,5 Md. Dollar aufgelegt wurde. Ihre Bürgen sind die gigantischen USA-Banken: die Bank of America, die Chase Manhattan, die

Bankers Trust Co., die Chemical Bank, die Morgan Guaranty Trust Co., die Citibank und mehrere ausländische Banken. Ferner wird eine Anleihe von 310 Mio Dollar genannt, die noch früher der Iranian National Petrochemical Co. gewährt wurde. In den westeuropäischen Bankkreisen meint man hingegen, daß



**THE IMPERIAL GOVERNMENT
OF IRAN**

US \$500,000,000

MEDIUM TERM CREDIT FACILITY

PROVIDED BY

BANK OF AMERICA NATIONAL TRUST AND SAVINGS ASSOCIATION
BANKERS TRUST COMPANY
THE CHASE MANHATTAN BANK
CITICORP
DEUTSCHE BANK
DZ BANK
MANHATTAN TRUST COMPANY
MORGAN GUARANTY TRUST COMPANY OF NEW YORK
NATIONAL CITY BANK
PAN AMERICAN BANK
PNC BANK
TORONTO DOMINION BANK
UNION BANK OF SWITZERLAND

In diesem Werbeprospekt für eine 500-Mio-Anleihe an die iranische Schah-Regierung sind die Garanten der Anleihe — amerikanische, britische, kanadische und Schweizer Banken — aufgeführt. Jetzt verlangen sie eine vorzeitige Rückzahlung aus den von Washington gesperrten iranischen Guthaben.

Aus: „Financial Times“ (London)

die Außenschulden Irans doch unter seinen Devisenreserven liegen und daß also seine Gläubiger keine Befürchtungen zu haben brauchen. Hans Friderichs, der Vorstandsvorsitzende der großen Dresdner Bank (BRD), erklärte vor kurzem, er halte Abschlüsse mit Iran für gesichert und wolle nicht dem Beispiel der USA-Bankiers folgen, die von Iran eine vorfristige Schuldentilgung verlangten.

Welchen Ursprung haben die iranischen Mittel in ausländischen Banken? Warum ist Iran, der so hohe Devisenbeträge aus dem Ölverkauf erzielte, verschuldet?

Nach der starken Ölpreiserhöhung 1973/74 kamen die Deviseneingänge Irans hauptsächlich aus dem Ölexport und stiegen von 1–2 auf 18–20 Md. Dollar im Jahr. Damals legte die Schah-Regierung Reserven in Auslandsbanken durch Effektenankauf an, zumal all diese Einlagen Zinsen trugen und folglich das Kapital vergrößerten. Auch der starke Zustrom von Petrodollars weckte bei der Schah-Regierung die Illusion, sie könne sich beliebige Ausgaben leisten. Aber die gewaltigen Regierungsausgaben bewirkten schon 1976 ein Defizit des Staatshaushaltes. Deshalb mangelte es den Banken an Mitteln sowohl für neue Investitionen als auch für die Rückzahlung der alten Kredite.

So mußte das an Petrodollars reiche Iran amerikanische, west-europäische und japanische Bankiers um Darlehn bitten und Schulden machen, um die ehrgeizigen Programme der Schah-Regierung, hauptsächlich auf dem Gebiet der Neuausrüstung, auszuführen. Als Deckung all dieser Schulden dienten faktisch die offiziellen Devisenguthaben Irans in den westlichen Banken.

Zudem überwiesen der Schah und seine Familienangehörigen einen bedeutenden Teil der Deviseneingänge aus dem Erdöl heimlich auf Konten westlicher Banken. Eine besondere Rolle spielte dabei die Omran-Bank, die in Teheran direkt als die Schah-Bank bezeichnet wurde. Über sie überwiesen der Schah und seine Angehörigen ferner Summen aus dem Staatshaushalt, Einkünfte aus Immobiliengeschäften, aus Spielkasinos, die der Schah-Familie gehörten, usw. ins Ausland. Insgesamt belaufen sich diese dem Volk entwendeten Mittel laut Berechnungen der heutigen iranischen Regierung auf

mehr als 25 Md. Dollar. Aber diese Mittel sind von Washington nicht gesperrt worden.

Der Schah darf also über das gestohlene Geld frei verfügen, während die nationalen Valutareserven Irans blockiert sind.

Wie die „Financial Times“ (London) am 28. November meldete, erlaubte Washington es USA-Banken, die der Schah-Regierung Anleihen gewährten, diese Schulden ohne Zustimmung des heutigen Teheraner Regimes aus den gesperrten iranischen Guthaben zu tilgen. So verlangte Morgan Guaranty Trust be-

reits 66 Mio Dollar aus dieser Quelle. Die Londoner Niederlassung der amerikanischen Chemical Bank erzwang am 5. Dezember einen Beschuß, laut dem die iranische Regierung „keine Vermögenswerte der Jurisdiktion der britischen Gerichte entziehen“ darf. Faktisch bedeutet das, daß die iranischen Einlagen nun auch in Großbritannien gesperrt sind.

Der Zweck all dieser Schritte ist, Iran in Finanz- und Wirtschaftsschwierigkeiten zu stürzen und sein Volk durch die Währungsblockade in die Knie zu zwingen.

WÄHRUNGSTURBULENZEN

Felix GORJUNOW

„Ein prekäres und bedrohtes Währungssystem“ („Le Monde“, Paris). „Strapazierte Nerven internationaler Bankiers“ („Economist“, London). „Die Europäer befürchten, daß ihre Banken entgegen ihrem Willen in die heutige politische und devisenmäßige Konfrontation einzbezogen werden“ („Financial Times“, London). „Die Eskalation des iranischen Dramas“ könne „überraschende und schmerzliche Wirtschafts- und Finanzfolgen für die USA“ haben („Business Week“, USA). Das wären nur einige Pressestimmen, aus denen die Besorgnis der westlichen Geschäftskreise über die beispiellose Situation im kapitalistischen Währungs- und Bankensystem spricht, hervorgerufen durch den Beschuß des USA-Präsidenten, die iranischen Guthaben zu sperren.

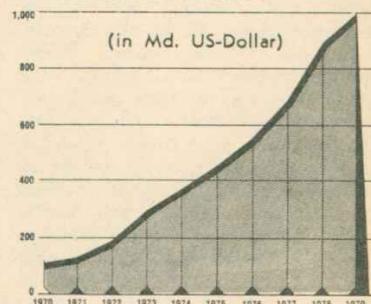
Die Befürchtungen sind mehr als begründet. Man kann ohne Übertriebung sagen, daß die Währungsblockade, die über Iran verhängt ist, der Finanzhegemonie der Wall Street mit schweren Folgen droht.

In erster Linie werden sie den Dollar betreffen, dessen Lage in den letzten zwei Jahren ohnehin labil ist. Die „Flucht aus dem Dollar“ ist heute auf den Devisenmärkten ebenso alltäglich wie die zunehmende Inflation und die schwindelerregenden Ausgaben der westlichen Zentralbanken, die die entwerteten

Dollars für „harte Währungen“ aufzukaufen. Nach Ansicht der „International Herald Tribune“ erwarben sie zwischen November 1978 und Juli 1979 ca. 100 Md. Dollar. Doch weiß kaum jemand außer Fachleuten, daß nicht nur die um ihre Konten besorgten Millionäre aus dem Dollar fliehen, sondern auch die Zentralbanken, für die der Dollar amtlich die Leitwährung bleibt. Nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Basel) stiegen die Devisenreserven in den letzten drei Jahren um 16 Md. Dollar, aber nicht in Dollar, sondern in DM, Yen, Schweizer Franc und anderen Währungen.

Es ist souveränes Recht jedes Staates, zu entscheiden, in welcher

DAS ANWACHSEN DES MARKTES DER „EURO“WÄHRUNGEN



Aus: „Business Week“

Währung er seine Reserven anlegt. Doch hängt das in hohem Maße vom Prestige der einen oder anderen Währung ab. Deshalb wird das Verbot Washingtons, die iranischen Guthaben transferieren zu lassen, dem Dollar wohl kaum Prestige einbringen.

Ebenso negative Folgen kann das auch für Obligationen haben, deren Verkauf im Ausland für die USA-Regierung neuerdings die Hauptquelle der Valutaeingänge ist. Die Schulden der Bundesregierung bei den ausländischen Besitzern ihrer Wertpapiere beliefen sich Anfang 1979 auf 132 Md. Dollar. Die Zinsenzahlungen für diese Schulden erhöhten das Defizit der USA-Zahlungsbilanz im vorigen Jahr um 7,9 Md. Dollar. Hinzu kommt die offizielle Auslandsverschuldung der USA in Form von mehr als 150 Md. Dollar auf Konten der Zentralbanken anderer Staaten.

Es ist kaum auszudenken, welche Panik bei den USA-Banken ausbricht, wenn auch nur einer der großen Gläubiger der USA-Regierung in Angst um seine Dollaraktiva darangeht, sie von den USA-Banken abzuheben und in westdeutschen oder japanischen Banken in anderen Währungen zu deponieren. Laut „Business Week“ erklärte der Vertreter eines arabischen Staates in der UNO: „Die meisten Erdölländer am Persischen Golf bezweifeln gegenwärtig die Sicherheit ihrer Einlagen in den USA. Künftig werden wir wohl neue Investitionen in diesem Land sehr sorgfältig erwägen.“

Aber die USA-Außenschulden sind nur die Spitze des Eisbergs. Die Finanzoligarchie der USA benutzte die Rolle des Dollars als Reservewährung, um einen sogenannten Markt der Eurowährungen zu schaffen, auf dem die Eurodollars drei Viertel ausmachen. Die Umsätze auf diesem Markt erreichen gegenwärtig eine Billion Dollar.

Im Unterschied zu den nationalen Währungen wird der Markt der Eurowährungen von niemandem kontrolliert. Sein Hauptgesetz ist die Jagd der Bankiers nach Superprofiten. Der IWF stellt beunruhigt in einem seiner kürzlichen Berichte fest: „Angesichts der einsetzenden Rezession können die Märkte der Eurowährungen die kapitalistische Weltwirtschaft gefährlich destabilisieren.“

Da Washington die iranischen Konten in den amerikanischen Banken nicht nur in den USA selbst, sondern auch in den ausländischen Niederlassungen dieser Banken gesperrt hat, schafft das einen Präzedenzfall für staatsmonopolistische Eingriffe in das spontane Funktionieren des internationalen Bankkapitals. Wie die „Financial Times“ schreibt, hat diese Maßnahme die Finanziers betrübt, da sie „externe Eingriffe des Staates in die Angelegenheiten des Marktes der Eurowährungen“ befürchten. Besonders besorgt ist man darüber, daß der Schritt Washingtons Deponenten aus den Erdölländern dem Markt der Eurowährungen, auf dem Filialen der USA-Banken das Heft in der Hand haben, abspenstig machen kann. Die Wirtschaft erlebt einen Rückgang, die Investitionen schrumpfen, und so sind die Petrodollars das wichtigste Geldkapital, das durch reale Warenwerte gedeckt ist. Gerade auf diesem Kapital fußt die Riesenpyramide fiktiver Finanzmittel, die in den Transaktionen der Banken ständig anwachsen.

Die Währungsblockade über Iran schafft einen Präzedenzfall auch in den Beziehungen Washingtons und der Wall Street zu einer großen Gruppe der erdölarmen Entwicklungsländer. Ihre Schulden bei internationalen, vor allem amerikanischen Bankiers erreichen 300 Md. Dollar, die Zinsen für diese Schulden betragen über 40 Md. Dollar jährlich. Hochverzinst Kredite und Anleihen für die Entwicklungsländer, in den letzten Jahren eine wahre Goldgrube für die Wall Street, haben den Völkern der Länder, die USA-Kredite in Anspruch nehmen, eine äußerst schwere Last aufgebürdet. Indem Washington zur „Bestrafung“ Irans den Bankiers erlaubt hat, die Schulden der Shah-Regierung von seinen Einlagen abzuziehen, zeigt es, daß es auch nicht vor den härtesten Maßnahmen haltmachen wird, um die Wall-Street-Kunden die Zinsen zahlen zu lassen. Das muß naturgemäß zu Spannungen in den Währungs- und Finanzbeziehungen zwischen den USA und vielen Entwicklungsländern führen.

Der amerikanisch-iranische Konflikt könnte die valutäre Rivalität zwischen den drei imperialistischen Zentren noch zuspitzen. Die westeuropäischen und japanischen Ban-

kers beneiden die Wall Street seit langem um die Gewinne aus ihren Transaktionen mit den Petrodollars. Der britische Expremier Edward Heath verriet den seit langem gehegten Traum der Londoner City, als er die EG im vorigen Jahr aufforderte, die Einlagen der OPEC-Länder den USA abzuwerben.

Gegenwärtig könnte dieser Traum Wirklichkeit werden. Wie „Le Monde“ vor kurzen schrieb, sei es für Frankreich verlockend, mindestens einen Teil seines Ölimports in eigener Währung zu bezahlen. Zudem könnte, meint die Zeitung, ein neuer Umlauf entstehen, vorteilhaft für beide Parteien: Die Francs, die Iran für sein Erdöl bekommt, könnten dem Markt der Eurofrancs zugeführt werden und die französischen Unternehmer in Staatsregie sie benutzen, anstatt Anleihen auf dem Markt der Eurodollars aufzunehmen.

Die Bankiers in Frankfurt/Main sagen offen, der Kapitalmarkt der BRD werde im kommenden Jahr für internationale Großeinleger attraktiver sein. Dort wird durchsichtig auf die Stärke der DM gegenüber dem Dollar angespielt und u. a. gesagt, daß „neben der Geldanlage in den USA, die wie im Falle Iran zu politischen Gegenmaßnahmen provoziert, nur wenige Währungen für größere Umschichtungen geeignet“ seien.

Die „Financial Times“ schrieb am 3. Dezember, daß die europäischen und japanischen Banken von Iran nicht eine vorzeitige Schuldentilgung verlangen, da es zu ihrem Bruch mit Iran führen könnte. Über diese Schwankungen seiner NATO-Partner beunruhigt, entsandte Washington Anfang Dezember seine Leute nach Westeuropa. Sie sollen, wie die Presse mitteilt, eine „internationale Wirtschaftsblockade“ über Iran, darunter die Einstellung der Lieferungen von Nahrungsmitteln, Medikamenten u. a., anregen.

Der amerikanisch-iranische Konflikt zieht immer weitere Kreise und erstreckt sich nun schon auf das ganze kapitalistische Währungs- und Finanzsystem, das auf der führenden Stellung des Dollars aufgebaut ist. All das zeigt noch einmal, wie die imperialistische USA-Politik den Knoten der Gegensätze im gesamten kapitalistischen Weltsystem fester zieht.

TATSACHEN SIND HARTNÄCKIG

Jewgeni PAWLOW

Daran muß man unwillkürlich denken, wenn man das jüngst in Vietnam veröffentlichte Weißbuch des SRV-Außenministeriums „Die Wahrheit über die vietnamesisch-chinesischen Beziehungen in den letzten 30 Jahren“ liest.

Das Buch enthält in knapper Form konkrete Tatsachen und Zahlenmaterial, die die Geschichte der vietnamesisch-chinesischen Beziehungen in den Jahrzehnten seit dem Sieg der chinesischen Revolution darstellen. Dort sind nicht wenige bisher unveröffentlichte Dokumente zu finden, die bekräftigen, was der Leser bereits weiß: Die Pekinger Führung hat Vietnam seit langem als ein hochwichtiges Objekt zur Realisierung ihrer Hegemoniebestrebungen in Südostasien betrachtet.

Dabei fällt einem eine interessante Meldung ein, die der AP-Korrespondent Stanley Swinton im Mai 1974 aus Tokio kabelte. Swinton schrieb damals, am 13. Mai 1974 sei in China der ehemalige Guomindang-General Lu Han verstorben. Diese Meldung hätte möglicherweise keine Beachtung gefunden — was heißt es schon, daß manche Ehemaligen heute in China ihr gutes Ende fanden oder finden und obendrein noch fette Pensionen erhalten —, wäre da nicht ein bestimmter Umstand. Dieser General nämlich befehligte 1945/1946 Chang-Kaishi-Truppen, die sich damals in Nordvietnam befanden (1949 trat er der KP Chinas bei und nahm viele Jahre hindurch verschiedene militärische und andere Positionen ein).

Der US-Journalist, der 1946 als AP-Mann in Hanoi arbeitete, bemerkte zu dem Tod des Generals, China habe seit langem einen Pufferstaat zwischen dem französischen Indochina und seinen Grenzen gewollt und Chang Kaishi gab, obwohl er sich mit den Kommunisten in China im Kriegszustand befand, Lu Han die Anweisung, die weitere Funktionstüchtigkeit der kommunistischen Regierung Vietnams nicht zu behindern. Was sollte das? Chang Kaishi wollte den Pufferstaat. Will nicht auch Peking ihn? Sehr zu Recht heißt es in dem Weißbuch, die chinesischen Führer „wollten schon lange eine anhaltende Teilung Vietnams“ und waren darauf aus, es zur Abhängigkeit von China zu verdammen. „Eben hier liegt der Grund, weshalb die chinesische Regierung die

Politik der Hilfeleistung und der gleichzeitigen Schaffung von Störungen für die vietnamesische Revolution verfolgte“, heißt es in dem Weißbuch. „Jedes Mal, wenn Vietnam über die Imperialisten siegte, fingen die chinesischen Führer an zu feilschen und gingen mit ihnen einen Kompromiß auf Kosten Vietnams ein. Eben darin liegt auch der Grund dafür, daß sie vom verdeckten Widerstand zur offenen Feindschaft gegen Vietnam übergingen.“

Zur Durchsetzung dieser Politik nutzen und nutzen die Pekinger Führer alle Mittel: Schmeicheleien und Drohungen, Zuckerbrot und Peitsche, Wirtschaft und Politik. Darunter auch eine „fünfte Kolonne“ — Personen chinesischer Nationalität, aus denen Agenten Pekings in vielen Ländern unterschiedlichste Organisationen aufzubauen. Wie sie auch immer heißen, verfolgen sie doch ein Ziel: Die Hoas (Auslandschinesen) nicht vergessen zu lassen, wo ihre Heimat ist, deren Weisungen sie zu befolgen haben. Daß das so ist, hat die von Peking 1978 ausgelöste provokatorische Kampagne um die Personen chinesischer Nationalität in der SRV deutlich gezeigt. Peking hat über seine Agenten viele verschiedene „Wohltätigkeitsorganisationen“ unter ihnen geschaffen, die eine aktive Diversions- und Spionagetätigkeit in Vietnam betrieben und dann zum Druck auf die SRV genutzt wurden. Unter dem fadenscheinigen Vorwand einer „Unterdrückung“ der Personen chinesischer Nationalität in Vietnam verlangte Peking mit Hilfe seiner Agenten von ihnen, sofort die Arbeit niederzulegen und „in die Heimat zurückzukehren“. Etwa 200 000 Menschen ließen ihre Arbeitsplätze in Fabriken, Bergwerken und in den Landwirtschaftsgenossenschaften im Stich, packten ihre Sachen und machten sich auf den Weg, wobei sie für sich selbst und für die SRV eine Unmenge von Problemen schufen.

Wie in dem Buch festgestellt wird, „hat Peking die Hoas zur Unruhestiftung in Vietnam in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ausgenutzt, wie es das in anderen Regionen Südost- und Südasiens getan hatte“

Die unverschämte Aggression gegen das sozialistische Vietnam im Februar d. J. war ebenfalls als Druckmittel ge-

gen die SRV gedacht. Zum gleichen Zweck unternimmt Peking heute eine heftige Antivietnamkampagne an allen internationalen Brennpunkten. Man will sich in der chinesischen Hauptstadt nicht mit der festen Entschlossenheit Vietnams abfinden, dem Wort Ho Chi Minhs zu folgen: „Nichts ist teurer als Unabhängigkeit und Freiheit“. Man will dort um keinen Preis die Hoffnung aufgeben, die Solidarität der Länder Indochinas zu untergraben. Peking droht Laos, verkündet, es sei bereit, Vietnam noch eine Lehre zu erteilen, versucht, politische Leichen wiederzubeleben, die das Volk von Kampuchea längst ins Jenseits befördert hatte. Das alles unter der Devise: „Kampf dem Hegemonismus“, Kampf „für die Menschenrechte“ usw.

Im Weißbuch heißt es ferner, „im Interesse ihrer expansionistischen und hegemonistischen Absichten haben die Pekinger Machthaber Lüge und Betrug in den Rang der nationalen Politik erhaben... Während sie mit der Fahne des Sozialismus wedeln, wenden sie sich gegen ihn. Während sie vom Kampf gegen den Imperialismus schreien, haben sie sich in Wirklichkeit mit den US-Imperialisten liiert. Während sie lautstark ihren Widerstand gegen die zwei Supermächte verkünden, arbeiten sie mit den US-Imperialisten gegen die Sowjetunion zusammen. Während sie vom Kampf gegen den Hegemonismus fassen, versuchen sie ihn selbst in Indochina und in Südostasien zu praktizieren“.

In Peking wurden einige Artikel von Kommentatoren der „Renmin ribao“ und der Agentur Xinhua veröffentlicht, die versuchen, die im Weißbuch enthaltenen Tatsachen zu leugnen. Dabei erklären die Autoren dieser Dementis, sie hätten keinesfalls eine Polemik gewollt, man habe sie aber gezwungen, „die Herausforderung anzunehmen“. (Offenbar nehmen die Autoren jener Artikel den Strom übelster Verleumdungen gegen das sozialistische Vietnam, der sich in letzter Zeit über die Leser der chinesischen Presse und von den Bildschirmen des Pekinger Fernsehens ergießt, nicht zur Kenntnis, weil sie soht — schließlich schreiben sie ja nicht nur, sondern lesen doch ihre Presse auch — nicht sagen könnten, daß man in Peking „hartes Worten gegen Vietnam ausweicht“.)

Es ist der chinesischen Propaganda nicht gelungen, die im Weißbuch angeführten Tatsachen zu erschüttern. Das vom SRV-Außenministerium vorbereitete Buch zeigt die wahren Ziele der Pekinger Führung bezüglich der Länder Indochinas und ihre unveränderte Strategie bei ständig veränderten Formen und Methoden ihrer Durchsetzung.

Beim Lesen des Weißbuchs erkennt

man, wie sich die Formen und Methoden zur Durchsetzung der Außenpolitik Pekings in den vergangenen 30 Jahren gewandelt haben. Im Grunde aber ist alles beim alten geblieben: Es geht um Hegemonie und Supermachanspruch. Fakten und Dokumente des Buches belegen überzeugend, daß sich Peking seit langem mit dem Gedanken trägt, Vietnam und ganz Indochina zu unterwerfen und es zu einem Vorposten für ein weiteres Vorrücken nach Süden, in das reiche Südostasien, zu machen, von dem Mao Zedong so beharrlich geträumt hatte, in der Hoffnung, an der Spitze von „500 Millionen armen Bauern“ in dieser Region Einzug zu halten. Den gleichen Traum hatte Zhou Enlai, der noch im September 1963 bedauerte, China, ein so großes Land, habe keine Öffnung in dieser Richtung, wobei er die Hoffnung äußerte, daß „die Partei der Werktäglichen Vietnams dabei hilft, den Weg nach Südostasien zu bahnen.“

Die Expansionspläne der Pekinger Führung werden auch von anderen, bislang unbekannten Angaben verdeutlicht, die das Weißbuch anführt. So erläuterte der Außenminister der VR China, Chen Yi, den vietnamesischen Hoas 1960 unzweideutig: „90% der Bevölkerung Singapurs sind Chinesen; bei einer Bevölkerung von etwas über einer Million stellen die Chinesen mehr als 900 000. So ist Singapur ein Land, das die Chinesen in dieser Region errichtet haben“. Derartige Erklärungen müssen nicht nur die führenden Leute von Singapur, sondern auch von Malaysia, Indonesien und Thailand zum ernsthaften Nachdenken veranlassen, wo Personen chinesischer Nationalität einen nicht geringen Bevölkerungsanteil stellen.

Es kann nur verwundern, daß Regierungskreise einiger Länder die Augen vor der Gefahr verschließen, die das Pekinger Hegemoniestreben in sich birgt. Bei Gesprächen mit einer Delegation der Partei der Werktäglichen Vietnams 1963 hatte Mao Zedong Thailand mit der chinesischen Provinz Sichuan verglichen und geäußert, Thailands Bevölkerung mache nur die Hälfte der Bevölkerung Sichuans aus. Daraus schlußfolgerte er, man müsse Chinesen in Thailand ansiedeln. Gegenüber dem flächenmäßig relativ großen, jedoch wenig besiedelten Laos müsse China, nach Ansicht Mao Zedongs, in ähnlicher Weise vorgehen. Das sind die Gedanken der Schöpfer der Expansionspolitik... Die Informationen aus dem Weißbuch veranlassen den Leser, den Hegemoniedenkern Pekings gegenüber wachsamer zu sein, weil sie sich auf ganz Südostasien und nicht nur auf diese Region erstrecken.

AUS JÜNGSTER VERGANGENHEIT

DIE ERSTE STUFE DER SICHERHEIT

Konstantin NIKOLAJEW

Im Herbst 1944 marschierte die Rote Armee in Mittel- und Südosteuropa ein. Die Siege der sowjetischen Truppen gingen mit einem machtvollen Freiheitskampf in den europäischen Ländern einher.

Unter den Schlägen der Alliierten in der Normandie und in Südfrankreich sowie der kühnen Operationen der Résistance räumte die Hitlerarmee das französische Territorium. Am 25. August wurde durch einen Volksaufstand, in dem die Kommunisten führend waren, Paris befreit. Am Tag darauf begrüßten Zehntausende Pariserinnen und Pariser den Chef der provisorischen Regierung der Französischen Republik, General de Gaulle, und seine Mitstreiter.

Frankreich sah seine Hauptaufgabe nach der Befreiung darin, seine internationalen Positionen wiederherzustellen. Die westlichen Alliierten wollten seine Schwächung dazu benutzen, die Teilnahme Frankreichs an der Nachkriegsregelung auf ein Minimum zu reduzieren und seine Kolonien an sich zu bringen.

Wegen der Haltung der herrschenden Kreise in den USA und in Großbritannien wurde die provisorische Regierung der Französischen Republik von der UdSSR, den USA und Großbritannien erst am 23. Oktober 1944 anerkannt. Moskau hatte die Regierung de Gaulle de facto auch

schon früher anerkannt, für die USA und Großbritannien bedeutete das jedoch eine Änderung der bisherigen Position. Auf Initiative der Sowjetregierung forderten die drei Großmächte Frankreich am 11. November auf, an der Europäischen Konsultativkommission als deren vierstündiges Mitglied zu wirken. General de Gaulle sprach der UdSSR seine Erkenntlichkeit für diese Unterstützung aus.

Frankreich hatte noch zahlreiche ungelöste Probleme: Ressourcenmangel, wirtschaftliche Zerrüttung, labile innenpolitische Lage, eingeengter Bereich für außenpolitische Aktionen. All das ließ die Regierung de Gaulle den Schluß ziehen, den zudem sämtliche geschichtlichen Erfahrungen bekräftigten, daß der Weg zur Wiedergeburt der Großen Frankreichs über Moskau führte, daß das Ansehen Frankreichs nur durch Annäherung an seinen natürlichen Verbündeten zu heben war. Die Sowjetregierung kam dem Wunsch General de Gaules entgegen und lud ihn zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR ein.

Für de Gaulle war es kein leichtes, eine solche Entscheidung zu treffen.

Moskau, Dezember 1944. General de Gaulle zeichnet sowjetische Militärs mit französischen Orden aus



Er mußte ja ein Land mit entgegengesetzter Gesellschaftsordnung um Unterstützung angehen. Doch war es die Logik der Geschichte. De Gaulle vermochte, die Situation realistisch zu beurteilen und die klassenbedingten antikommunistischen Vorurteile um der höchsten Interessen Frankreichs willen zu überwinden.

Am 24. November trafen de Gaulle und seine Begleitung auf dem Wege über Kairo und Teheran in Baku ein, wo ihnen die militärische Ehrenbezeugung erwiesen wurde. In seinen Memoiren schrieb der General, daß die sowjetischen Soldaten — die Erretter der Welt vom Faschismus — ihn ganz besonders beeindruckt hatten.

Wegen Nichtflugwetters fuhr die Delegation mit dem Zug nach Moskau. Unterwegs besuchte sie Stalingrad, wo de Gaulle im Namen des französischen Volkes der Stadt eine Gedenktafel als Zeichen der Hochachtung für den Mut im Kampf gegen den Faschismus überreichte.

Am 2. Dezember traf die Delegation in Moskau ein. Am selben Tag wurde de Gaulle vom Vorsitzenden des Sowjets der Volkskommissare der UdSSR, J. W. Stalin, empfangen. Bei den Verhandlungen in Moskau brachte die französische Delegation vor allem die Frage des Abschlusses eines französisch-sowjetischen Vertrags zur Sprache. Schon bei der ersten Unterredung sagte de Gaulle, im Grunde habe das Unglück, das Frankreich heimsuchte, daher gerührt, daß Frankreich nicht mit Rußland war, mit ihm kein Abkommen, keinen wirksamen Vertrag hatte.

Bei den insgesamt etwa 15stündigen Verhandlungen wurden verschiedene Fragen erörtert. Im Mittelpunkt stand das Deutschlandproblem. Das Bestreben der Franzosen, die Möglichkeit einer erneuten deutschen Aggression für immer auszuschließen, stimmte voll und ganz mit den Absichten der sowjetischen Seite überein. Doch trat ein bestimmter Unterschied in den Methoden zutage. Die UdSSR hielt es für notwendig, den Faschismus und Militarismus mit der Wurzel auszurotten. De Gaulle hingegen bestand darauf, Deutschland in einzelne Kleinstaaten zu zersplittern. Was die Grenzen betraf, so stimmte die französische Delegation dem Vorschlag zu, die Ostgrenze Deutschlands an der Oder und Neiße zu ziehen. Später wurde das auch von anderen Staaten anerkannt.

Zu den Problemen der europäischen Sicherheit sagte de Gaulle in Moskau, daß die französische Politik die Franzosen vor allem einen Beistandspakt mit der Sowjetunion wünschen lasse. Dann könnte man, führte er aus, Frankreich und die UdSSR als die erste Sicherheitsebene bezeichnen. Die zweite Sicherheitsebene wäre Großbritannien, die dritte Sicherheitsebene wären die USA und andere Staaten.

Am 9. Dezember, am Vortag der Abreise der Franzosen, war der Vertrag praktisch vereinbart. Doch erklärte die französische Seite, sie könne das Polnische Nationale Befreiungskomitee, das die Patrioten in Lublin gegründet hatten, nicht anerkennen. Das gefährdete die Unterzeichnung.

Das abschließende Gespräch zwischen Stalin und de Gaulle wurde nicht aufgezeichnet. Bekannt ist nur, daß de Gaulle gegen Mitternacht zur Botschaft fuhr, während die Delegationen weiter verhandelten. Nachdem die französische Seite in einen Kompromiß zur polnischen Frage eingewilligt hatte, kehrte de Gaulle in den Kreml zurück.

Der Bündnis- und Beistandsvertrag wurde um 4 Uhr morgens des 10. Dezember unterzeichnet. Er sah die Fortsetzung des Krieges bis zum endgültigen Sieg über Deutschland und alle notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung einer neuen Bedrohung seitens Deutschlands vor. Außerdem verpflichteten sich die Signatarstaaten, kein Bündnis zu schließen bzw. keine Koalition einzugehen, falls sie sich gegen einen von ihnen richteten.

Die Franzosen begrüßten den Abschluß des Vertrags. Alle Parteien unterstützten ihn, denn der Vertrag entsprach den nationalen Interessen und der Sicherheit des Landes. Mit besonderer Freude wurde er von Werktagen und den Kommunisten begrüßt. Auf einer Sondersitzung der Provisorischen Konsultativen Versammlung sagte de Gaulle: „Vereinigt zu sein, bedeutet für Frankreich und Rußland, stark zu sein; nicht vereinigt zu sein, bedeutet Gefahr zu laufen. In der Tat ist dies eine vom Standpunkt der geografischen Lage, der Erfahrungen und des gesunden Menschenverstandes unerlässliche Bedingung.“

BIOGRAPHISCHES



**Lidia
Gueiler
Tejada**

wurde am 28. August 1926 in der Stadt Cochabamba geboren. Studierte Öko-

PRÄSIDENT BOLIVIENS WURDE LIDIA GUEILER TEJADA

nomie. Seit 1946 steht sie in der Politik Boliviens. Sie wurde zur Abgeordneten der Nationalrevolutionären Bewegung in den Nationalkongreß gewählt, übte wichtige Funktionen im Stadtrat von La Paz aus und saß im Vorstand des Frauenbundes Boliviens. Nach dem Militärputsch 1964 lebte sie in der Emigration.

Bei den allgemeinen Wahlen 1979 wird sie Abgeordnete des Nationalkongresses, Vorsitzende der Abgeordnetenkammer

und später Vorsitzende des Nationalkongresses.

Nach dem mißlungenen Militärputsch im November 1979 beruft der Nationalkongreß Lidia Gueiler Tejada zum Interimspräsidenten des Landes. Bei ihrer Amtübernahme erklärte sie, ihre Regierung setze sich für die Demokratisierung des politischen Lebens Boliviens ein. Außenpolitisch ist Lidia Gueiler Tejada für die Entwicklung der Beziehungen zu allen Ländern, unabhängig von deren sozialpolitischem System.

Entgegen den Kalkülen und Unkenntnissen der westlichen Partner, die Frankreich bereits zu drittangigen Staaten rechneten, erlangte es — nicht zuletzt durch den Vertrag — seine Stellung als Großmacht und seine internationale Bedeutung wieder. Frankreich wurde eines der fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, erhielt eine Besatzungszone in Deutschland, gehörte zum Alliierten Kontrollrat, war Teilnehmer des Potsdamer und der anderen Nachkriegsabkommen der Siegermächte.

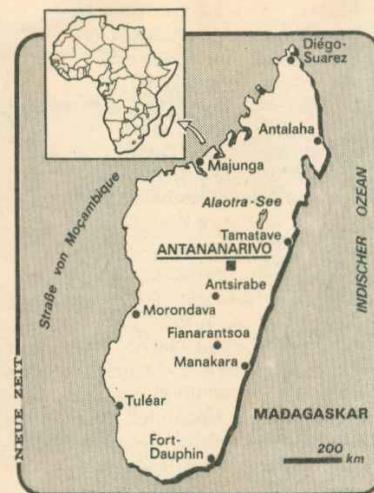
Die UdSSR maß dem Vertrag große Bedeutung bei. Damals verwies die „Prawda“ auf „seine große militärische und politische Relevanz“.

Der Vertrag war zehneinhalb Jahre in Kraft und schuf eine Basis für die Zusammenarbeit, vor allem im Bereich der europäischen Sicherheit. Doch nach 1947, als de Gaulle zurücktrat, orientierten sich die Regierungen der Vierten Republik auf die USA und schalteten sich in die Politik des kalten Krieges ein. Das begrenzte die außenpolitischen Möglichkeiten Frankreichs rasch auf den engen Rahmen der von Washington festgelegten harten Blockpolitik. Die Teilnahme am Marshallplan, der Beitritt zum Nordatlantikpakt, die Dislozierung von dessen Stäben und Stützpunkten auf französischem Boden und das faktische Einverständnis mit dem Kurs auf Remilitarisierung der BRD und auf ihre Aufnahme in die NATO — all das machte einen Strich durch den sowjetisch-französischen Vertrag von 1944.

Nach der Rückkehr de Gaulles an die Macht 1958 wandelte sich der außenpolitische Kurs Frankreichs allmählich. Mitte der 60er Jahre ging Paris dazu über, einen selbständigen internationalen Kurs zu steuern, schaltete sich auch in die Bemühungen um die Entspannung ein. Damals begann eine neue Etappe der sowjetisch-französischen politischen und diplomatischen Annäherung und eröffneten sich neue Horizonte für Beziehungen, die auf Entspannung, Eintracht und Zusammenarbeit basieren.

Heute umfassen solche Beziehungen die verschiedensten Gebiete, sie entwickeln sich dynamisch und fruchtbar auf einem festen Fundament, dessen Bestandteil der sowjetisch-französische Vertrag von 1944 bildete.

MADAGASKAR



Schlacht um Reis

Sergej KULIK

Ohrenbetäubendes Gedröhnen aus Tälern, die von Wäldern verdeckt waren, begleitete uns fast auf dem ganzen Weg von Fianarantsoa bis Antananarivo. Die Bauern waren beim Drusch: Sie schlugen mit Knüppeln auf Reisgarben, die auf leeren Metallbehältern lagen, hie und da schlug man mit den Garben auf Prellsteine, und in ein paar Dörfern sah ich, wie über die auf der Tenne verstreuten Garben Zebus getrieben wurden.

Die beste Chaussee der Insel führt durch diese Reisgebiete. Nach anderthalb Stunden Fahrt sind wir in Antsirabé, dem größten Kurort Madagaskars. In dieser Gegend wurde erstmalig die traditionelle Trennung von Ackerbau und Viehzucht überwunden.

Die Menschen haben es leichter

Auf einer Viehfarm, auf der wir die Erfolge der Bauern mit eigenen Augen sehen wollten, empfing uns Ralambotsirafa, der Vorsitzende des Arbeiterkomitees.

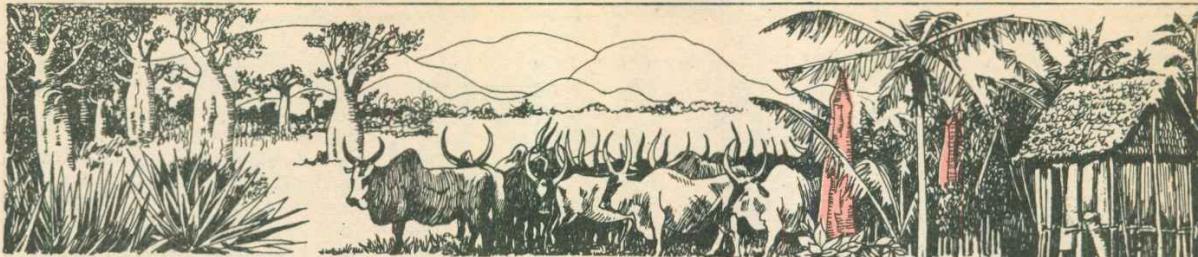
„Vor ein paar Jahren wurden wir zu einem Seminar in der Hauptstadt eingeladen“, erzählte er uns. „Dort erfuhren wir, daß Madagaskar in der Rinderstückzahl pro Kopf der

Bevölkerung fast alle Entwicklungsländer überholt hat und sich Australien, das in der Weltproduktion von Fleisch und Milch führend ist, nähert. Doch obwohl bei uns fast anderthalb Kühe pro Person kommen, dürfen wir uns noch nicht freuen. Höchstens 7% der gesamten Stückzahl sind Schlachtvieh, und das ist eine der niedrigsten Kennziffern in der Welt. Die Milchproduktion ist nicht der Rede wert, lediglich 1,5—2 l je Kuh. Die Zebus, die hier seit alters als geheilige Tiere gelten, werden nur zu Feldarbeiten herangezogen, wenn die Reisfelder nach der Brandrodung und vor der Aussaat festgetreten werden müssen.

Damals haben wir nach der Rückkehr lange nachgedacht und kamen zu dem Schluß: Wo, wenn nicht hier, in unseren Reisgebieten, müssen Ackerbau und Viehhaltung vereinigt werden? In der Trockenzeit reicht das Futter für die Zebus nicht immer. Dabei brauchen wir ja das Reisstroh nicht zu verbrennen, es kann uns bei Futtermangel gute Dienste leisten. Die Reisfelder müssen gedüngt werden. Warum nicht Jauche dazu verwenden, obwohl das früher auf der Insel so gut wie nicht praktiziert wurde? Keine Leute, um neue Ländereien umzupflügen? Ja, wozu haben wir denn die Büffel? Die alten Leute und die Dorfreichen waren zwar dagegen, ihnen ‚tat das Vieh leid‘. Bei den Alten war es einfach Gewohnheit, aber den Reichen ging jeder gemeinsame Erfolg der Bauern, jeder ihrer Schritte vorwärts zur Genossenschaft wider den Strich. Sie beriefen sich auf die Raza, die Ahnengeister, die bei uns geehrt werden und die angeblich gegen den Einsatz der Zebus bei den Feldarbeiten waren. Einige Bauern trieben das Vieh in die Ställe zurück. Bald erwies sich jedoch, daß dieses Vieh von Bremsen geplagt wurde, im Unterschied zum Vieh auf dem Feld. Die Zebukühe, die im Feld eingesetzt waren, brachten nur lebendige Kälber zur Welt, bei denen im Stall dagegen waren nur zwei von je drei neugeborenen Kälbern lebendig. In der Trockenzeit fütterten wir unser Vieh mit Stroh, das Vieh in den Ställen aber magerte ab.“

„Sichtwerbung, wie man so sagt“, warf Liuna, mein Begleiter auf dieser Reise, ein.

„Eben“, pflichtete Ralambotsirafa lächelnd bei. „Und da machten wir eine Versammlung und schlugen die



Rückschrittler aufs Haupt. Ein Komiteemitglied sagte geradeheraus: „Mit dem Menschen und nicht mit dem Vieh muß man Mitleid haben. Und von wegen Razan: Wenn die Ahnengeister existieren, so müssen sie doch für uns, ihre Nachkommen, sorgen. Wenn es ihnen aber lieber ist, daß das Vieh gemästet wird, die Menschen sich aber abplacken, so müssen auch wir uns nicht um die Razan kümmern...“

Seitdem gehen die traditionellen Dorfgemeinschaften, die Fokonolona, in unserer Gegend den gleichen Weg wie wir. Die Viehzucht profitiert davon: Die Milcherträge haben sich verdoppelt, in manchen Wirtschaften sogar verdreifacht. Fast ein Drittel des Bestandzuwachses wird gegenwärtig geschlachtet. Sonst ist das Vieh vollzählig auf dem Feld. Die Menschen haben es leichter...“

„Wie hat sich die Vereinigung von Ackerbau und Viehzucht auf den wichtigsten Zweig, den Reisanbau, ausgewirkt?“

„Das ist etwas komplizierter“, gab Ralambotsirafa nach kurzem Nachdenken zu. „Mit dem Jauchefahren sind unsere Probleme natürlich noch nicht gelöst, so zu denken wäre naiv. Aber Sie werden die wichtigsten Reisgebiete der Insel noch sehen. Dort wird Ihre Frage bestimmt beantwortet.“

„Der ist kein Bauer...“

Wir fahren an schon abgeernteten und noch grünenden Feldern vorbei, an Kanälen, in denen sich der blaue Himmel spiegelt, und an Terrassenfeldern, die wie die Stufen einer gigantischen Treppe zum Gipfel der roten Hügel führen. Überall Menschen, deren Arbeit es heute ermöglicht, in Gedanken die gewaltige Leistung der Betsileo und Merina im Hochland zu rekonstruieren.

Wir lassen das Städtchen Ambohidava hinter uns und sind nun in einer Gegend, wo der Reis das ganze Land zu bedecken scheint. Am Steilhang wird eine neue Terrasse —

10—12 m hoch und zumindest 300 m lang — angelegt. Die Menschen müssen viele Tausende Kubikmeter steinigen Bodens mit primitiven Schaufeln umgraben und in Tragkörben hinaufschleppen, bis eine solche Terrasse zu einem ebenen Feld wird. Dabei dehnen sich die Terrassen im Hochland über Zehntausende Kilometer. Der Terrassenbau wurde in Jahrhunderten so intensiv betrieben, daß das Hochland sein ursprüngliches Aussehen völlig verändert hat und es jetzt schwierig ist zu erkennen, wo eine natürliche und wo eine von Menschenhand erschaffene Landschaft ist.

Während das Getreide auf den bewässerten Feldern heranreift, steigen die Menschen ins Gebirge, wo Trockenreis angebaut wird. Dann jäten sie. Inzwischen wird der Wasserris unter von einer Art kleiner Fische bedroht, die die Stengel durchbeißen. Blüht der Reis, so wird er von Insekten überfallen, schießt er in die Ähren, kommen die gefräßigen roten Kardinalssperlinge angeflogen. Doch ist all das nur halb so schlimm gegenüber dem Schaden, den ein Zyklon anrichten kann, der mitunter sogar Terrassen und Kanäle zerstört. Ein hoher Preis muß für das „madagassische Brot“ gezahlt werden.

Die Rolle, die der Reis in der Geschichte Madagaskars spielte, und seine Bedeutung für die Wirtschaft erklären die andächtige Haltung der Einwohner zu dieser Kultur. Das Wappen von Madagaskar trägt Reisähren. Im Hochland heißt es: „Der ist kein Bauer, der nicht Reis bestellt.“ Überall auf der Insel heißt es: „Der ist kein Madagasse, der nicht Reis gegessen hat.“

Der Reis wurde wahrscheinlich von alten Seereisenden aus dem Orient nach Madagaskar gebracht. Die neue Pflanze verdrängte überall den Maniok und andere Wurzelfrüchte und avancierte bald zur wichtigsten Exportkultur der Insel. Lange Zeit war Madagaskar einer



Zeichnungen von O. Winogradow

der größten Reisexporteure in der südlichen Hemisphäre.

Doch unter dem neokolonialistischen Regime Tsiranana veränderte sich die Lage einschneidend. Die frühere Regierung legte so niedrige Erzeugerpreise fest, daß sich der Reisanbau für die Bauern nicht auszahlte. Im Süden mangelte es an Getreide, die Beamten aber zwangen die Bauern des Hochlands, die Reisfelder zu verringern, um andere Kulturen zu bestellen. Bald mußte Madagaskar Reis importieren. Die Insel mit ihren gewaltigen Ressourcen war mit dem Lebensmittelproblem konfrontiert, das bald in ein politisches Umschlag.

Heute sind 80% der Bevölkerung im Reisanbau beschäftigt. Die Reisfelder nehmen 60% aller bestellten und 95% aller bewässerten Flächen ein. Wertmäßig macht der Reis über 40% der Agrarerzeugnisse der Insel aus. Deshalb steht die Lösung des Reisproblems im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik der Regierung des demokratischen Madagaskar.

Wiederholt fragte ich meine madagassischen Freunde, wo man die



Erfolge der Reisbauern am besten kennenzulernen könne. Und fast immer hörte ich zur Antwort: in den Fokonolona am Ufer des größten madagassischen Sees Alaotra.

Der Alltag einer Fokonolona

„Hier ist er, unser Stolz, der Vari-lava-Reis, die beste Sorte der Insel“, sagte mir Radanielina, der Vorsitzende des vereinigten Vorstands mehrerer Dorfgemeinschaften des Seufers, und ließ die großen, durchsichtigen Körner durch die Finger gleiten. „Wir träumen davon, daß wir bei uns hier einmal nur diese Sorte anbauen werden.“

Radanielina ist seit mehr als vier Jahren auf diesem Posten, seit sich die ersten Fokonolona zu einer Genossenschaft vereinigt hatten. Er könnte die Geschichte der ersten Kollektivwirtschaften auf Madagaskar schreiben. Vorläufig aber reicht die Zeit gerade noch, um mir diese Geschichte in aller Kürze zu erzählen:

„Wie ein großer Sack aus einzelnen Körnern besteht, so setzt sich auch ein großes Beginnen des Volkes aus alltäglichen Kleinigkeiten zusammen. Wie soll man all das erzählen? Unsere Regierung stellte die Aufgabe, die Selbstversorgung mit Reis zu erreichen, seinen Import einzustellen und ab 1985 etwa 80 000 t Reis im Jahr für den Export zu produzieren. Eine äußerst schwere Aufgabe. Hinzu kommt, daß die Reisernte auf den winzigen Parzellen der Einzelbauern nicht zu erhöhen ist. Der einzige Weg sind die Genossenschaften. In der Charta der madagassischen sozialistischen Revolution, dem programmatischen Dokument für die Entwicklung unseres Staates, heißt es, daß die Produktionsgenossenschaften nichtkapitalistischen Typs auf der Basis der Fokonolona entstehen und dann erst in staatliche Unternehmen hinüberwachsen sollen.“

Radanielinas Gesicht spannt sich im Nachdenken, er scheint zu rechnen.

„Schau mal her. Erstens der Zusammenschluß zu Genossenschaften. Zweitens die Entwicklung der Fokonolona. Drittens die Nationalisierung. Das war wie eine Schlacht an drei Fronten. Gewinnen wir sie an jeder Front, bringen wir den Sieg in der außerordentlich wichtigen Schlacht um den Reis näher. Das habe ich übrigens nicht erfunden. ‘Schlacht um Reis’ ist die offizielle Bezeichnung der gesamtnationalen Kampagne auf der Insel

Wie sie bei uns am Alaotra-See vorankommt? Alles begann noch 1975, als unsere Regierung gemäß einem Hauptprinzip der Charta — den Boden denjenigen, die ihn bestellen — die Agrarreform einleitete und den Großgrundbesitzern die ersten 500 000 ha wegnahm. Uns wurde damals gesagt, daß wir auf dem verstaatlichten Boden, der uns zukam, Genossenschaften gründen sollten. Ja, aber wie? Die meisten Bauern bestanden darauf, die Wirtschaften in kleine Parzellen von etwa 0,5 ha aufzuteilen und den Bauern zu übertragen. Wir hatten schon damit begonnen, kamen aber noch rechtzeitig zur Besinnung. Was machen wir da? Mit der einen Hand vereinigten wir die kleinen Fokonolona zu Genossenschaften, mit der anderen zerstörten wir die großen Wirtschaften. Inzwischen wurden Aktivisten und Agitatoren aus der Hauptstadt ins ganze Land ausgeschickt. Sie sollten den Bauern die ‘Schlacht um Reis’ besser organisieren helfen. Einer der 3000 Agitatoren kam zu uns. Er zwang uns seine Meinung nicht auf, zeigte uns jedoch die Richtung: Die nationalisierten Großfarmen mußten das Kernstück der künftigen Genossenschaft bilden. Allmählich würden sich ihr andere Fokonolona anschließen.“

„Wie sehen die Fokonolona hier aus?“

„Wie überall dort auf der Insel, wo Reis angebaut wird. Nur daß er bei uns nicht von Betsileo und Merina, sondern vornehmlich von den Shihanaka-Bauern bestellt wird. Shihanaka heißt soviel wie ‚Menschen, die auf dem Moor leben‘. Um den Alaotra-See liegen viele versumpfte Flächen, wir ziehen dort seit alters Wasserreis. Zu den 200 000 Shihanaka kamen in den letzten Jahren zahlreiche andere Bauern hinzu. Dabei wird der versumpfte Boden nicht größer. Im Schnitt mißt eine Parzelle selten über 0,5 ha. Und was

wird erst in 15–20 Jahren sein, wenn diese winzigen Flecken zwischen den Söhnen ihrer heutigen Besitzer aufgeteilt sein werden?“

„Aber rings um den See liegen doch ausgedehnte gute, durchaus nutzbare Flächen?“ fragte ich erstaunt.

„Erstens stimmt das nicht ganz. Bei der auf unserer Insel üblichen Brandrodung ist die Ernte im ersten Jahr nach dieser Bodenaufbereitung ausgezeichnet, im zweiten erreichen wir den Landesdurchschnitt, im dritten aber sinkt sie stark. Danach muß das Feld mehrere Jahre brachliegen. Die meisten Ländereien liegen hier also nicht unbestellt, sondern eben brach. Zweitens bedeutet bei uns eine Nutzfläche nicht unbedingt eine Fläche, die sofort Ernte tragen kann. An den weiten fruchtbaren und herrenlosen Flächen leben landlose Bauern. Ein Bauer allein kann den Boden nicht zu einem Reisfeld machen. Heute liegen hier nur Ländereien unbebaut, deren Erschließung mit dem Bau komplizierter Bewässerungsanlagen verbunden ist, und so etwas ist selbst für eine Gemeinde schwer. So vereinigen sich fünf, zehn, zwanzig Fokonolona. Es ist also objektiv notwendig, Genossenschaften zu gründen. Die Menschen treten gern ein, weil sie in ihnen ihre Zukunft sehen.“

„Kann man schon jetzt sagen, daß die Vereinigung von Fokonolona zur Genossenschaft Früchte getragen hat?“

„Gewiß“, nickte Radanielina überzeugt. „Das Programm ‚Schlacht um Reis‘ sieht vor, daß mindestens 20 000 ha neue Ländereien jährlich mit Reis bestellt werden sollen. Unser Beitrag bemäßt sich auf 150 ha. Nicht übermäßig viel. Um aber eine solche Zunahme jedes Jahr zu sichern, muß man erst einen 40 m langen und 9 m hohen Damm bauen, über 20 km lange Kanäle anlegen und drei Terrassen aufschütten. Ohne kollektive Arbeit kommt man da nicht aus. Vier Tage in der Woche arbeiten unsere Bauern auf den Feldern, die ihren Familien zugeteilt wurden, und zwei gemeinsam, um die Erschließung neuer Flächen vorzubereiten.“

„Und diese zwei Tage in der Woche ermöglichen es der Genossenschaft, die Auflagen bei der Erschließung zu bewältigen?“

„Vorläufig haben wir noch praktisch nichts erschlossen. Alle Kräfte wurden eingesetzt, um die großen

DISKUSSION

Bewässerungs- und Erdarbeiten auszuführen, von denen ich sprach. Aber in zwei Jahren sind wir damit fertig, und die Bauern werden ca. 2000 ha Boden auf einmal dazubekommen. Wir werden den Plan also sogar übererfüllen."

Gemeinsam entschieden

Unser langes Gespräch wurde durch die Vorstandsmitglieder der Genossenschaft unterbrochen, die zu einer Versammlung kamen. Jeder der Männer berichtete dem Vorsitzenden, daß das Getreide mit Büffeln eingebracht wurde, doch entstand ein neues Problem: Die Ernte war mehr als doppelt so hoch wie erwartet, deshalb kam man beim Dreschen mit den eigenen Kräften nicht aus.

So sagte denn Radanielina bei der Eröffnung der Versammlung: „Bisher drehte sich bei uns in der Genossenschaft alles darum, möglichst viel Reis zu erzeugen. Jetzt haben wir es zur allgemeinen Freude erreicht. Nur haben wir vergessen, uns darauf vorzubereiten. Deshalb soll das Vorstandsmitglied Tsimbahaza sprechen, er ist bei uns für die Aufkäufe zuständig. Wie erklärst du, daß private Aufkäufer bei uns trotz des Staatsmonopols ein- und ausgehen?“

Tsimbahaza, ein beliebter Mann von etwa 40 Jahren, sprach lange und wenig überzeugend. Die Aufkäufer kämen „aus Gewohnheit“ ins Gebirge, und die Bauern verkauften ihnen den Reis lieber auf dem Halm und billig, statt ihn zur Beschaffungsstelle hinunterzufahren.

„Wer hindert dich aber, deine eigenen Leute ins Gebirge zu schicken, damit sie dort Reis kaufen?“ unterbrach ihn der hochaufgeschossene Leiter der Jugendbrigade. „Oder hast du Angst abzumagern? Du sitzt nur immer auf der Schwelle und wartest, daß der Reis selber zu dir kommt...“

„Stimmt“, pflichtete ein anderes Vorstandsmitglied ihm bei. „Die privaten Aufkäufer kommen auch auf aufgeweichten Pfaden in die entferntesten Dörfer und zahlen in bar. Und du sitzt da und gibst den Leuten Schecks, die erst in zwei oder drei Monaten fällig sind. Natürlich ziehen die Privaten den Bauern das Feil über die Ohren. Was aber tun wir? Praktisch ihnen helfen. Zuerst agitieren wir dafür, möglichst viel Reis zu ernten, und ist es soweit, legen wir ihn den Schiebern in die Hände.“

„Mit den Schecks bezahle ich aber auf Beschuß des Vorstands“, verteidigte sich Tsimbahaza.

„Ja, damals hast du versprochen, den aufgekauften Reis in zwei bis drei Tagen an den Staat abzuliefern“, sagte Radanielina. „In Wirklichkeit liegt das Getreide monatelang in den Lagerschuppen. Deshalb hast du auch kein Geld für die Bauern. Und deshalb lassen sie sich — zum Schaden für sich, für die Genossenschaft, für den Staat — mit den Schiebern ein.“

Die Versammlung war lange und stürmisch. Tsimbahaza wurde aus dem Vorstand ausgeschlossen und seines Postens enthoben: „wegen Arbeitsmethoden wie zur Zeit des neokolonialistischen Regimes“, hieß es im Protokoll.

„Nun zur zweiten Frage“, sagte Radanielina. „Es genügt also noch nicht, die Ernte einzubringen, man muß den Reis bei den Bauern noch kaufen. Und haben wir staatliches Geld dafür bezahlt, müssen wir dafür sorgen, daß kein einziges Körnchen verlorengingeht. Wer möchte etwas dazu sagen?“

„Wenn wir in der alten Weise dreschen, verlieren wir gut die Hälfte der Ernte“, warf jemand ein. „Man müßte sofort klären, wieviel Getreide die Reismühlen verarbeiten können.“

„Ich habe schon nachgefragt“, er hob sich ein junger Mann vom Stuhl. Das war der Wirtschaftsfachmann, der zur Arbeit in der Genossenschaft entsandt worden war. „Hier habe ich einen Brief aus der Hauptstadt. Sie schreiben, daß im Lande gegenwärtig rund 250 Reisschälerien bestehen. Aber fast alle sind nur zur Hälfte ausgelastet. Weil der Transport sich so teuer stellt oder weil es keine Straßen gibt, fahren die Bauern nicht sehr gern hin. Die nationalisierten Fabriken versprechen, den Reis aus den Genossenschaften zu günstigeren Bedingungen zu verarbeiten.“

„Also müssen wir morgen wieder zusammenkommen und diese Frage entscheiden“, sagte Radanielina.

Als wir auseinanderdingen, stand schon der Vollmond am Himmel und beschien die Reisfelder, die an den Berghängen stufenartig zum schimmernden See herabfielen.

„Das hätten Sie also nur einen Tag in der „Schlacht um Reis“ in nur einer Genossenschaft von Madagaskar“, sagte mir der Vorsitzende beim Abschied.

Antananarivo—Moskau

Sie rühmen sich häufig, daß die Massen an der Lenkung der Produktion im Sozialismus beteiligt seien. Schließlich aber nehmen auch bei uns die Werkfältigen an Betriebsangelegenheiten teil.

Derek FLANDERS
New York, USA



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Gennadi
KOBJAKOW

Kennen Sie, Mr. Flanders, die Ansicht des bekannten Forschers und, nebenbei gesagt, Ihres Landsmanns, D. McGregor, über die Beziehungen Besitzer—Arbeiter in US-Betrieben? „Gewöhnlich fürchten die Unternehmer, wenn sie den Arbeitern Möglichkeiten einräumen, sie betreffende Entscheidungen zu beeinflussen, würden sie bald auch Fragen entscheiden wollen, die sie nichts angehen sollten.“

Die meisten bürgerlichen Soziologen sind allerdings nicht so offen. Sie empfehlen vielmehr in den Betrieben solche Formen der „Partnerschaft“, die den Arbeitern die Illusion der „Interessengemeinschaft“ von Arbeit und Kapital gäben.

Untersuchen wir die Situation in der UdSSR. Die Werkdirektoren lenken den Betrieb mit Hilfe des Kollektivs, unter Kontrolle des Kollektivs. Da die Betriebe gesellschaftliches Eigentum sind, wird vor den Arbeitern nichts unter dem Vorwand kommerzieller oder irgendwelcher anderer Geheimnisse verborgen. Dadurch hat jedes Mitglied des Kollektivs die Möglichkeit, die Lage der Dinge in der Produktion zu erfahren und zu beeinflussen.

Ohne Beteiligung des Betriebsgewerkschaftskomitees (die Gewerkschaften haben in der UdSSR 125 Mio Mitglieder) können weder der Produktionsplan noch die Arbeitsnormen noch die Schichtzeiten festgelegt werden. Gemeinsam mit der Verwaltung bestätigt die Gewerkschaft die Betriebsordnung und stuft die Arbeiter in Qualifikationsgruppen ein. Die Leiter sind zur periodischen Rechenschaftslegung gegenüber der Gewerkschaftsorganisation über

Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Einhaltung der Kollektivverträge verpflichtet. Kein Arbeiter oder Angestellter kann von der Verwaltung ohne Zustimmung des Gewerkschaftskomitees entlassen werden. Ganz abgesehen davon, daß auch die Verteilung von Wohnraum, Einweisung in Sanatorien und Erholungsheime, Plätze in Kindergärten und Pionierlagern voll und ganz in der Hand der Arbeiter und Angestellten liegt.

Sie können über das Gewerkschaftsorgan die Absetzung des Leiters eines Betriebes, einer Institution oder Organisation fordern, wenn er die Arbeitsgesetzgebung verletzt bzw. soziale Interessen der Werktafeln ignoriert. 1976 wurde beispielsweise auf Verlangen der Gewerkschaftskomitees eine ganze Anzahl Leitungskader abgesetzt.

Es ist bekannt, daß die US-Version der „Industriedemokratie“ die Einbeziehung der Arbeiter in solche, eigentlich nebensächliche Betriebsangelegenheiten vorsieht, wie die Verwaltung der Werksbibliothek, der Sozialfürsorgekasse sowie zur Erörterung eines beschränkten Kreises von Produktionsfragen — und auch das nur auf der Ebene der Abteilung oder des Arbeitsplatzes. Obendrein ist diese Diskussion gewöhnlich rein formal. Solomon Barkin, Chef der Textilarbeitergewerkschaft der USA, ist der Ansicht, die „Teilnahme an Verwaltungsratssitzungen hat nichts mit Demokratie zu tun.“

Eine Form der Beteiligung der Werktafeln an der Lenkung der Produktion in der UdSSR sind die Ständigen Produktionsberatungen (SPB). Diese gewählten Organe bestehen zu zwei Dritteln aus Arbeitern und ferner aus Vertretern der Verwaltung und gesellschaftlicher Organisationen. Die SPB diskutieren grundsätzliche Fragen der Produktionsentwicklung und geben der Leitung die notwendigen Empfehlungen. Die Verwaltung hat sie in kürzester Frist zu überprüfen und zur Verbesserung der Arbeit zu nutzen. Allein 1977 wurden 5 Mio solcher Vorschläge umgesetzt.

Eine wichtige Rolle kommt der Volkskontrolle zu. Ihre Gruppen oder Posten bestehen in jedem Betrieb. Insgesamt arbeiten in den Organen der Volkskontrolle fast 10 Mio Menschen mit.

Sie sehen, Mr. Flanders, das sowjetische System der Beteiligung der Werktafeln an der Lenkung der Produktion ist eine reale Angelegenheit und unterscheidet sich grundsätzlich von dem im Kapitalismus.

LEKTION 4

Wörter und Wortverbindungen

складываться (сложиться)	entstehen
складываются условия соотношение сил	Bedingungen entstehen, ergeben sich das Kräfteverhältnis
изменяться в пользу (чего?) военные силы	sich verändern zugunsten die Streitkräfte
зона мира (войны)	die Friedens zone
политические круги	die Kriegs
мирное сосуществование	die politischen Kreise
проимпериалистический режим	die friedliche Koexistenz
фактор мира	das proimperialistische Regime
исторический опыт	der Friedensfaktor
оказывать давление (оказать)	die geschichtliche Erfahrung
общечеловеческие проблемы	Druck ausüben
охрана среды	allgemein menschliche Probleme
военная сфера	der Umweltschutz
сужаются возможности	der militärische Bereich
развязывать войну (развязать)	die Möglichkeiten werden geringer einen Krieg entfesseln

Übung 1: Übersetzen Sie folgenden Text:

В последние десятилетия начали складываться условия, способные привести к глубокому повороту в постановке вопросов войны и мира. Общее соотношение сил изменилось в пользу социализма и демократии. Примерное равенство военных сил между двумя общественными системами сдерживает сторонников агрессивной политики. Социалистическое содружество стало обширной зоной мира. Внутри капиталистических стран все более широкие политические круги выступают за мирное сосуществование и разрядку. Национально-освободительные революции при всей их противоречивости подрывают проимпериалистические режимы. Важным фактором мира становится молодые государства, ориентирующиеся на социализм. Громадное значение в вопросах мира и войны имеет исторический опыт, приобретенный народами в итоге двух мировых войн. Он материализуется в массовых антивоенных движениях. Все более активное давление в пользу мира оказывают и общечеловеческие проблемы — рост народонаселения, проблемы энергетики, охраны среды, освоение космоса и так далее. Можно сказать, что уже в видимой перспективе эти проблемы в той или иной мере затронут всех и потребуют для своего решения громадных ресурсов, которые придется брать из других сфер, прежде всего военной.

Наряду с новыми опасностями, которыми грозит гонка вооружений, у агрессивных кругов постепенно сужаются возможности развязывания мировой войны. Требование решать спорные проблемы мирными средствами становится все более объективной необходимостью. Перспективы упрочения мира приобретают все более прочную основу в политике мирного сосуществования, разрядки, сотрудничества.

Übung 2: Übersetzen Sie die folgenden Wortverbindungen und prägen Sie sich ein:

- | | |
|-------------------------|--------------------------|
| 1) политические круги | 3) складывается мнение |
| журналистские круги | складываются впечатления |
| официальные круги | складываются условия |
| правительственные круги | складывается жизнь |

Übung 3: Bilden Sie Wortverbindungen aus den Verben und den eingeklammerten Wörtern.

затрагивать (что?) (проблема мира, интересы народов), выступать (за что?), (против чего?) (война, гонка вооружений, сотрудничество, переговоры, разоружение), оказывать давление (на кого?) (правительство, страна, политика), изменяться в пользу (чего?) (мир, мирное сосуществование, силы прогресса)

PS

Der Hecht im Karpfenteich



US-Senator Russel Long leitet den Senatsausschuss für Steuerfragen. Zugleich hat er 1978 als Großaktionär der Öl- und Gasindustrie ca. 100 000 Dollar abgesahnt. Blockiert der US-Kongress vielleicht deshalb so hartnäckig die Vorlage von Präsident Carter, die „Windfall Profits“ der Ölgesellschaften zusätzlich zu besteuern?

Einäugige Justitia

Das Verwaltungsgericht von Stuttgart verdonnerte einen gewissen Herbert Schumacher zu 450 DM wegen „Sachbeschädigung“. Schumacher hatte mit Blaustift ein Hakenkreuz übermalt, das an eine Säule des alten Schlosses gepinselt war. Die VVN protestierte: „Ist die Justiz wie in der Republik von Weimar wieder auf dem rechten Auge blind?“

Alle 40 Minuten

In den USA hat sich die Zahl der Morde mit Schußwaffengebrauch im letzten Jahrzehnt verdoppelt. Alle 40 Minuten wird ein Mord

verübt, und alle zweieinhalb Minuten kommt es zu einem bewaffneten Raubüberfall. Das Ansteigen der Kriminalität erklärt sich nach Meinung von Experten weitgehend dadurch, daß Schußwaffen so leicht erworben werden können. Zuhause halten die Amerikaner, wie die „Washington Post“ schrieb, bereits mehr als 50 Millionen Pistolen sowie rund 100 Millionen Flinten und Gewehre.

Schule fürs Leben

„Beunruhigend“ nannte ein AFP-Korrespondent die zunehmende Gewalttätigkeit in den israelischen Schulen. Die Schüler werden immer häufiger gegenüber ihren Lehrern handgreiflich. Schüler verprügelten Sportlehrer. An einer anderen Schule warfen Pennäler mit Steinen auf eine Lehrerin, die einen Schüler wegen schlechten Benehmens hinausgesetzt hatte.

Erst Öl, dann Wasser



Bei Al-Matariyah (Unterägypten) begann man feierlich mit dem Bau eines „Kanals des Friedens“, durch den Nilwasser in fünf Jahren in die Sinai-

wüste gelangen soll. Präsident Sadat höchstpersönlich spielte den Festredner. Die ägyptische Presse veranstaltete einen großen Rummel. Nur wird dabei verschwiegen, daß mit dem Nilwasser nicht nur die Sinaihalbinsel, sondern auch ... die israelische Negevwüste bewässert werden soll. Dieses großzügige Geschenk hatte Sadat dem Aggressor bei seinem kürzlichen Haifa-Besuch offeriert. Nach dem Sinai-Öl erhält Israel nun auch noch Nilwasser.

Frührentner



BND-Vize Dieter Blötz hatte es mit der Gattin eines seiner Untergebenen getrieben. Es kam zu einem Skandal. Um den unter den Teppich zu kehren, wurde Blötz in Rente geschickt — obgleich er erst 48 und noch nicht 65 ist. Jetzt wird er drei Monate lang sein volles Gehalt — 8600 DM — und dann bis Lebensende monatlich 5500 DM erhalten. Blötz ist nicht der einzige BRD-Frührentner unter hohen staatlichen Funktionsträgern, die sich „versündigt“ haben. Die Illustrierte „Stern“ rechnete nach, daß in den letzten zehn Jahren die Zahl solcher Frührentner fast 150 erreicht und ihr Unterhalt die Steuerzahler bereits 23 Mio DM gekostet hat.

Do it yourself

In New York tauchte eine Gruppe „Musik für selbstgemachte Instrumente“ auf. Vier ihrer Mitgli-

der fertigen selbst „Instrumente“ aus alten Konservendosen, Blumentöpfen, Fahrradreifen, Kochtöpfen, Kunststoffrohren, Schläuchen usw. an. Die „Werke“, die die Gruppe bei ihren Konzerten zum besten gibt, sind ebenfalls eigenhändig komponiert. Dieser „Ohrenschmaus“ versetzt das „auserwählte“ Publikum in Extase.

Geldsammler

Die New Yorker Citibank hat eine Sonderabteilung eingerichtet, um ihre Kunden beim Erwerb von Gemälden und Antiquitäten zu beraten — und das gegen eine Kommission von „nur“ 2 %. Ein Service für Krösusse! Bedient werden nur Kunden, die Käufe von wenigstens 1 Mio Dollar tätigen.

Touristen und Ratten



Das Londoner Hotel „Savoy“ macht der „Financial Times“ zufolge Verluste, da die Zahl der US-Touristen abnimmt. Schuld daran sind — so Hotelbesitzer Wontner — ausländische Zeitungen, die Fotos von „sauberen“ Londoner Straßen, wo Ratten hausen, bringen.

Zeichnungen
W. Tschakiridis

NEUE ZEIT

HA-HEMELKOM REDAKCIE

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
SOVIET CARRIER

Mit technischer Unterstützung
VON V/O PROMMASHEXPORT

SIND IN ZWEI JAHRZEHNTEN ÜBER 500 OBJEKTE
IN 30 LÄNDERN ERRICHTET WORDEN

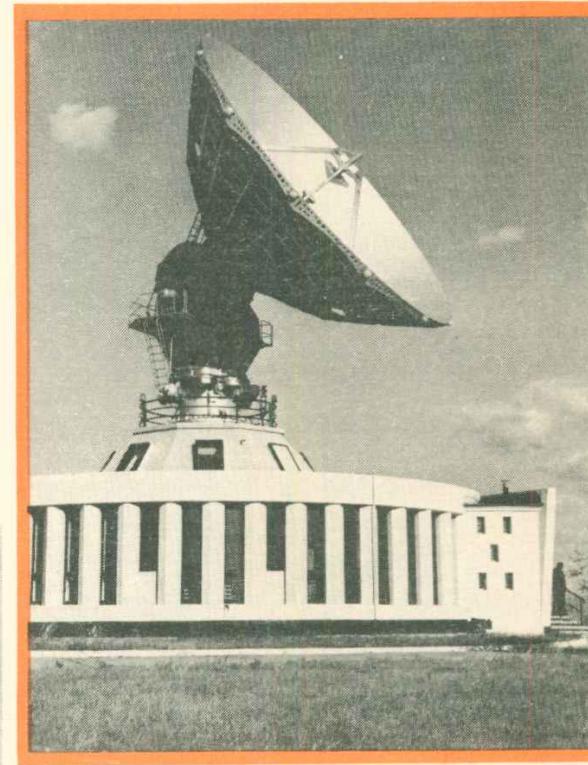
Das Exportprogramm der Vereinigung führt die Projektierung, den Bau und komplexe Anlagenlieferungen für:

- Maschinenbau-, Werkzeugmaschinenbau-, Werkzeugbetriebe;
- Gießereien und metallverarbeitende Betriebe, Werke für Metallkonstruktionen;
- Auto- und Traktorenwerke sowie Betriebe zur Produktion landwirtschaftlicher Ausrüstungen;
- elektro- und radiotechnische Fabriken;
- Gerätbau- und Uhrenfabriken;
- Rundfunk- und Fernsehsender; Fernsehzentren; Funkrelais- und Drahtfernmeldeleinheiten; kosmische und troposphärische Fernmeldestationen;
- automatische Steuerungssysteme für ganze Industriebranchen, Betriebe, technologische Prozesse und Anlagen;
- automatische Steuerungssysteme für den Luftverkehr;
- Schiffbau- und Schiffsreparaturbetriebe, Werften, Schiffsreparaturwerkstätten;
- Fischverarbeitungs- und Fischzuchtbetriebe;
- Industriekühlhäuser;
- Zuckerfabriken;
- Filmstudios und Lichtspielhäuser;
- Druckereien;
- Flugplätze und Flughäfen.

Wir bieten komplett Leistungen an — von der Standortwahl für den Bau bis zur Inbetriebnahme der Objekte.



Unsere Anschrift: UdSSR,
Moskau, 113324,
Owtschinnikowskaja nab. 18 1,
V O Prommashexport
Telegrammaddress:
Moskau, Prommashexport
Telex: 7532
Telefon: 295-51-14, 220-15-05



Prommashexport

Die Universität
Antananarivo zählt
über 11 000
Studenten

Unabhängigkeitobelisk
in der Hauptstadt



Josef Ramaroson
liegt einen
Hubschrauber
sowjetischer
Produktion

Junge Mutter



In Antananarivo



Im Objektiv: MADAGASKAR

Marco Polo, der berühmte italienische Weltreisende aus dem 13. Jahrhundert, schrieb: „Wißt, daß diese Insel die schönste und größte auf der Welt ist.“ Heute wissen wir, daß Madagaskar unter den größten Inseln der Erde den vierten Platz einnimmt, aber schön bleibt es trotzdem. Hinzu kommt, daß seine Flora zu drei Vierteln aus Pflanzen besteht, die sonst nirgends auf der Erde vorkommen.

Seinerzeit war das Agrarland Madagaskar ein Rohstoffanhänger der Kolonialmacht Frankreich. Die Hauptkulturen der Insel sind Reis, Kaffee, Gewürznelken und Vanille.

Die Republik Madagaskar, die heute die sozialistische Wahl getroffen hat, überwindet allmählich die Hinterlassenschaft des Kolonialismus. In den Dörfern entstehen Genossenschaften. Einige industrielle Großobjekte sind im Bau. Bei mehreren von ihnen erweist die UdSSR wirtschaftliche Hilfe.

Fotos: N. Akimow
und TASS



Monument für die Gefallenen der beiden Weltkriege
im Zentrum der Hauptstadt



Auf dem
Reisfeld einer
Genossenschaft



Die neueste
Ausgabe der
„Imongo Vaovao“